

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Versand-Zustige
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Willensfreiheit und soziale Notwendigkeiten.

I.

Unter all den Idealen, die der Menschheit seit Jahrtausenden vorschweben und um deren Verwirklichung sie sich in schmerzlichen Ringen verkehrt, gibt es wohl keines, das die Brust eines jeden Menschen mit solch innerer Wärme bewegt, wie die Idee der Freiheit. Überall wird der innere und äußere Zwang als ein unangenehmer Druck empfunden; der Mensch will frei sein und sich ausleben können, er will die Hindernisse und Schranken beseitigen, die ihn engegen. „Gebt Raum dem Flügelschlag einer freien Seele!“ fordert der Dichter, und Millionen von Menschen stimmen in diesen Ruf mit ein, wenn sie sich frei machen wollen von Knechtschaft und Sklaverei. Die Freiheit ist die Sonne unseres Erdenbaisens, sie ist das hellstrahlende Licht, das der Menschheit voranleuchtet in ihrem Emanzipationskampfe. Emanzipieren — was heißt es anders, als Emporklettern aus einem Zustand der Gebundenheit und der Bevormundung in einen Zustand der Selbständigkeit und der freien Selbstbestimmung? Wie die Tiere des Waldes den erquickenden Quell suchen, um ihre heiße Zunge zu kühlen, so sucht der Mensch den Quell seiner Lebensfreude, die Freiheit.

Als der junge Kapitalismus die mittelalterlichen Junktschranken zerbrach und die geiststötenden Dogmen in Trümmer schlug, atmete die Menschheit auf und jauchzende Freiheitsrufe hallten durch die Kulturländer. Ein Reich der Freiheit sollte errichtet werden auf dem Schutt der alten Zwangsherrschaft. Die gebückten, gedrückten Menschen reckten sich empor und ein wahrer Freiheitstaumel ergriß die Welt. Schrankenlose Bewegungsfreiheit war das Ideal, dem die edelsten Menschen, die Dichter und Seher begeistert Hymnen sangen. „Ich soll meinen Leib pressen in eine Schürbrust und meinen Willen schnitten in Gesetze? Das Gesetz hat zum Schneidengang verdorben, was Aderflug geworden wäre. Das Gesetz hat noch keinen großen Mann gemacht, aber die Freiheit brüht Kolosse und Extremitäten aus!“ So beklammert der edle Räuber Moor, diese Idealgestalt des jungen Schiller, und die Zuhörer spenden brausend Beifall. Freiheit und Gleichheit war das Banner, unter dem die moderne Gesellschaft ihren Vormarsch antat. Und als die Bourgeoisie dies Banner in den Staub sinken ließ, weil der Hunger nach Geld den Durst nach Freiheit ersticke, da erschien das klassenbewusste Proletariat auf dem Plane, hob die Fahne der Freiheit auf und trug sie der Menschheit voran auf der Bahn des Sieges. Frei zu sein von geistiger und körperlicher Knechtschaft — das ist auch heute wieder das Ziel des erbitterten Kampfes, der die Lande durchstößt.

Die Freiheit des Menschen bietet uns ein doppeltes Angesicht: negativ zeigt sie die Abwesenheit von Zwang und Beschränkung, positiv bedeutet sie die Selbstbestimmung und das Durchsetzen des eigenen Willens. Der freie Mensch, oder besser gesagt, der Mensch, der das Bewußtsein seiner Freiheit in sich trägt, hat eine doppelte Empfindung: er sieht nirgends ein Hemmnis, das ihn bindet, und er fühlt, daß er sich frei bewegen kann, daß er tun kann, was er will. Dem Vogel gleich, der frei im unermesslichen Aether schwebt, regt er seine Schwingen, und das Gefühl, seine Kräfte frei betätigen zu können, schwellt seine Brust. Wer von uns hätte noch nicht den Hauch der Freiheit verspürt, wenn er, dem Drucke des Alltags und der Treitmühle des Werkeltagsgetreibens entronnen, seine Brust in der Höhenluft der Berge babet, oder wenn er, lebig aller

Pflichten, den weiten Gottesgarten durchstreift und der Natur am Busen ruht? „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!“ spricht er mit Goethes Faust, und mit gierigem Munde saugt er den Odem der Freiheit ein. Mit stiller Befriedigung denkt er daran, daß er für Stunden oder Tage die Ketten seines Berufes abgestreift hat, aber mit leisem Schauer steht er dem Augenblick entgegen, der ihn wieder ins harte Joch zurückzwingt. Auch im Gebiete des Geisteslebens genährt die Freiheit das höchste Glücksgefühl. Tief zu bedauern ist der Mensch, der dieses Glückes noch nicht teilhaftig geworden ist. Aber wer es innerlich erlebt hat, der kennt diese Wonne: wenn die Ketten des Wahnes zerbrechen, in die Vorurteile und falsche Erziehung uns geschnitten haben, wenn die Jahre des qualenden Zweifels und der Ungewißheit hinter uns liegen, wenn wir uns durchgerungen haben zum Vorn des Wissens und wenn endlich das Morgenrot der Wahrheit vor unsern Blicken aufdämmert, wenn wir uns, kurz gesagt, die Freiheit des Denkens und Fühlens erobert haben, dann sind wir glücklich, und das Bewußtsein, der Geistesfreiheit entronnen zu sein, hebt uns empor zu den Sternen. Und wer einmal diese Wonne verspürte, wer einmal seine Brust gebadet hat in der Höhenluft des freien Gedankens, den schreit nicht mehr der Dammstich der Pfaffen, der spottet der Zwirnsfäden, mit denen man die Denkfesseln fesseln will. Denn die Freiheit des Denkens ist ihm zu einem Lebensbedürfnis, zu einer Lebensbedingung geworden, und mit Flammenschrift prägt er die Worte in seine Seele, die der Apostel Paulus an die Galater richtete: „So besteht nun in der Freiheit und laßt euch nicht wiederum in das knechtische Joch fangen!“

In der Vorrede zu seinem Gedichtbuche „Grüße des Werdenen“ behandelt der Hamburger Dichter Johannes Wedde, dieser warme Freund des ringenden Proletariats, das Thema von der menschlichen Freiheit. Er spricht von den Dämonen der alten Nacht, die vor dem Werdenen weichen sollen, von der Unnatur und Unfreiheit, die die Menschheit in Banden hält; er fordert auf zum Kampfe für das Kommende, das Neue, das Freie. Und er schließt mit der begeisterten Apostrophe: „Du aber, mein Leser, wenn du Sinn hast für den Ernst der Dinge, kannst allerwege zuerlei tun für die Sache des Lichts und des Rechts: Halte dein Denken und Fühlen mit Eifer und Sorgfalt wach, der verdummenden und lähmenden Macht des bürgerlichen Alltagslebens zum Troge! Ergreife mit Wonne jede Gelegenheit, in den Menschen, die dir begeben, gleiches Denken und gleiches Fühlen zu wecken! Die Flamme schläft in Millionen und aber Millionen Herzen, und wenn sie angefaßt wird, kann sich kein Widerstand gegen sie behaupten: Und es wird auch nicht an Gelegenheit fehlen, schon jetzt im kleinen praktisch zu betätigen, wie man es meint. Jeder Tag bietet uns Gelegenheit, so oder so zu bewahren, daß wir keine Sklaven der Pflicht sind, sondern Männer der Freiheit. Und wer sich im Schlichten und Alltäglichen daran gewöhnt hat, nie ein anderer sein zu dürfen, der wird auch ein solcher sein können, wenn es ihm einmal verstatet wird, im Großen und Ungemeinen für sein Höchstes einzutreten. Möge keiner, dem der süße Name Freiheit niemals recht in die Seele geklungen ist; möge keiner fehlen, wenn an ihn der Signalfuß ergeht, mit einherzuschreiten im Festzuge der mütterlichen Jungfrau, die — trotz Paris und Pragiteles — doch die Herrlichste ist im ganzen Reiche der himmlischen Götinnen.“ So preist der Dichter die Göttin der Freiheit, die schöner und begehrenswerter ist als die Aphrodite, der Paris einstmals auf dem Pabergebirge den goldenen Apfel

reichte und deren schöngealtene Glieder Pragiteles in Stein meißelte.

Und sie haben recht, die Dichter und Sänger, wenn sie der Freiheitsgöttin die strahlende Krone reichen. Denn was wäre die Schönheit, die gefesselt am Boden liegt, was wäre die Liebe, die sich verbergen muß unter dem Zwange der frommen Sitte? Die Schönheit verwelkt, wenn sie hinter Klostergitter gesperrt wird, die Liebe erstickt, wenn sie sich nicht frei betätigen kann. Wie öde und trostlos ist nicht das Menschenleben ohne innere und äußere Freiheit, wie herrlich und erhebend aber ist es, wenn es dahinbraust wie ein mächtiger Bergstrom, der seine Ufer überflutet! Und wie mit dem Leben des einzelnen, so ist es auch mit dem Leben der Menschheit. Welch traurigen, niederdrückenden Eindruck machen jene Perioden der Weltgeschichte, die das Merkmal der Erstarrung an sich tragen: wie unter einer Eisdecke ruht die Gesellschaft und ein Todesgeruch geht von ihr aus; nirgends Leben, nirgends Bewegung, allüberall die Ruhe des Kirchhofs. Aber wie freut sich das Auge des Geschichtsforschers, wenn es jene Zeiten betrachtet, die im Zeichen der Freiheit stehen: es regt sich aller Orten und überall spritzen neue Keime empor, der Freiheitssturm braust durch die Lüfte, die Menschen richten sich auf und wenden ihr Gesicht dem Lichte entgegen — es ist eine Lust zu leben, wie Ulrich von Gutten jubelt.

Ein Unternehmerbeitrag zur Geschichte der Bewegung im Baugewerbe.

II.

Die Schrift des Berliner Unternehmerverbandes behandelt auf einigen Seiten auch den Kampf im Berliner Baugewerbe im Jahre 1907. Es liegt keine Verantwortung vor, hier auf diese allbekanntesten Dinge zurückzugehen, es verdient lediglich Erwähnung, daß dieser Kampf nur darum in den Bereich der Erörterungen gezogen wird, um zu sagen, daß der Bund den für ihn nicht ungünstigen Tarifabschluß vom Jahre 1908 nur dem Siege der Berliner Unternehmer im Jahre 1907 zu verdanken habe und daß der Bund dem Berliner Verbande in jenem Kampfe keinerlei Hilfe habe angedeihen lassen: „Bei der Aussperrung im Jahre 1907 blieb die Hilfe des Bundes auf Resolutionen beschränkt, die in den Vorstandssitzungen gefaßt wurden; als wir darum baten, daß die Mitgliedsverbände des Bundes uns bei der Beschaffung arbeitswilliger Zimmerer behilflich sein sollten und darum eruchten, daß jeder Verband nur zwei Zimmerleute auf unsere Kosten nach Berlin entsenden sollte, ist das Ergebnis gewesen, daß nicht ein einziger Arbeitnehmer von den Verbänden des Deutschen Arbeiterbundes herangeführt worden ist. Die einzige tatsächliche Unterstützung leistete uns der Verband in Halle a. d. S., von dem wir eine größere Anzahl italienischer Maurer erhielten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß wir dem Halleischen Verbande mit der Wahmahme dieser Leute einen großen Gefallen erwiesen, so daß zweifelhaft ist, wer dem andern zu größerem Danke verpflichtet ist.“ (Seite 61.)

Der wichtigste Teil der Schrift ist der, worin die bekannten Bergewaltigungsanträge behandelt werden, die die Veranlassung — nicht die Ursache — zur Aussperrung boten. Woher ist die erste Anregung zu diesen Forderungen gekommen? Im Vorlande des Bundes ist sie sicher nicht gegeben worden, denn dort dominierte zu jener Zeit Herr Geuer, der Führer der Berliner, und diese hatten, wie man wirklich annehmen darf, kein Bedürfnis nach einer so einschneidenden Veränderung der Vertragsgrundlage. Die Schrift weist auf die sogenannte Nordwestdeutsche Interessengemeinschaft als den Herold jener faßlichen Schatzmacherei im Bunde hin. Wer ist jene Interessengemeinschaft? Im „Grundstein“, Jahrgang 1906, Nr. 23, ist der Bericht über

ihre Gründung nachzulesen. Diese Interessengemeinschaft ist das Ergebnis einer Fronde mehrerer Orts- und Bezirksverbände gegen den Arbeitgeberbund. Am 18. Mai 1906 waren die Vertreter dieser mit der Leitung des Bundes unzufriedenen Unternehmersonsorganisationen in Hildesheim zusammen und gründeten die Interessengemeinschaft. Der Arrangeur des ganzen war der Vorstand des Arbeitgeberverbandes von Rheinland-Westfalen; Matweg-Sangerwerder war sein Vertreter. Außerdem waren Behrens-Gannover, Friß-Essen, Althoff-Frankfurt, Kistner-Dreierhagen, der Freiherr v. Reizwitz; jene bekannte journalistische Landsknecht, u. a. anwesend. Der Grundgedanke in den Debatten jener Versammlung war: Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe bietet uns nicht genug. Er ist zu langsam, zu starr, zu engstirnig. Wir müssen uns unter uns fester verbinden, um selbständig vorzugehen und auch den Bund zu größerer Energie aufzufacheln. In diesem Sinne ist dann die Interessengemeinschaft ins Leben getreten, die sich erst eine Nordwestdeutsche nannte, dann aber ihren Wirkungsbereich immer weiter, zuletzt bis an die russische Grenze ausdehnte. Die Berliner Schrift nennt die Interessengemeinschaft eine Nebenregierung im Bunde und sagt von ihr: „Nach und nach bildete sie sich gewissermaßen zu einem vorbereitenden Organ des Bundes heraus, immer unter dem Vorbehalt, daß sie lediglich den Interessen der Allgemeinheit der Bundesmitglieder dienen und niemals irgend welche Sonderbestrebungen vertreten wollte.“ (Seite 17.) Und an anderer Stelle konstatiert die Schrift, daß die Interessengemeinschaft „auf die Entwicklung der Verhältnisse im Deutschen Arbeitgeberbunde unheilvoll eingewirkt“ habe.

Die Rolle der Interessengemeinschaft bei der Vorbereitung der Bewegung schildert die Schrift so: „Diese Interessengemeinschaft stellte sich nun die Aufgabe, endlich einmal ein brauchbares Vertragsmuster zusammen zu bringen. Sie forderte die betragliche Anerkennung des unparitätischen, obligatorischen Arbeitsnachweises, sie wünschte, daß nur den tüchtigsten Arbeitern der tarifliche Lohn zuzufallen sollte, sie beantragte den zentralen Abschluß aller Verträge, der dem Bunde das Recht geben sollte, sämtliche Verträge außer Kraft zu setzen, wenn der Vertrag an einer Stelle gebrochen würde. Sie trat für die verschärfte Agitationsklausel ein, sie machte sich die Minderheiten Anträge bezüglich der Abänderung des Wortlautes betreffs der Akkordarbeit zu eigen und verlangte, einem Wünsche des Posener Bezirksverbandes entsprechend, daß den Arbeitgeberverbänden die Wahl der Lohnform freistehen müsse.“

Diese Interessengemeinschaft, in der die Friß, Behrens, Kistner, später auch Hellermeier, die unumschränkten Herrscher waren, war der Brennpunkt aller reaktionären, scharfmascherischen und kampfgeistigen Elemente im Bunde. Sie brachte auch bald den Bundesvorstand und die Dreiecknerkommission — die mit der Vorbereitung eines neuen Vertragsmusters betraut war — unter ihre Vollmachtigkeit. In dieser Kommission äußerten die Vertreter Berlins sofort ihre Bedenken gegen die von der Interessengemeinschaft beantragten Änderungen, aber „sie konnten die Mehrheit der Kommission nicht überzeugen.“ „So wurden denn schließlich fast alle Wünsche, die aus Ost und West, Nord und Süd unseres Vaterlandes zusammengekommen waren, dem Musterverträge des Bundes einverleibt. Mit äußerstem Mißvertrauen fügten wir uns diesen Beschlüssen. — Bestimmend war dabei für uns, daß die erschwerten Be-

stimmungen immer nur als Handelsobjekt bei den Beratungen mit den Arbeitern angesehen werden sollten.“ Die Schrift meint, es wäre vielleicht richtiger gewesen, wenn die Berliner damals gleich auf die weitere Mitarbeit verzichtet hätten; aber es hätte die Geflossenheit des Bundes gefährdet werden müssen. Und schließlich glauben sie, der Bund würde sich doch noch überzogen und die scharfen Bestimmungen fallen lassen.

Am 11. November begannen die Verhandlungen mit den Gewerkschaften und Herr Feuer, der Führer der Berliner, der entschiedene Gegner der „scharfen Bestimmungen“; rebete sich die Zunge lohm, um diese „scharfen Bestimmungen“ als gerecht, als notwendig, die Handelsobjekte als unumstößliche Forderungen des Bundes zu vertreten. Die Gewerkschaften, so meint die Schrift, die, wie üblich, schon längst mußten, wohin die Reise gehen sollte, „verfolgten vom ersten Augenblick an eine sehr hohe Taktik. . . Sie legten sich die größte Bescheidenheit auf. . . Sie verfolgten den Zweck, die Schuld an dem etwaigen Scheitern der Verhandlungen von Anfang an dem Arbeitgeberbunde zur Last zu legen, den Bund als den Angreifer hinzustellen und sich in der öffentlichen Meinung die angenehme Position von Leuten zu sichern, die lediglich wohlverworbene Rechte gegen scharfmascherische Unternehmer zu verteidigen haben. Diese klug berechnete Taktik gelang ihnen vollkommen. Schon in den ersten Verhandlungen verschwanden die Anträge der Arbeitnehmer unmerklich, man rebete nicht viel von ihnen. Alles handelte sich um die Abänderungen des Deutschen Arbeitgeberbundes.“ — Ob Herr Feuer, den man für den spiritus rector der Schrift halten darf, dies alles damals nicht zum Bewußtsein kam? Und wenn ja, warum gelang es ihm nicht, seine Kollegen von der Bedenkllichkeit ihres Vorgehens zu überzeugen? Man kann keine andere Antwort darauf finden, als die, daß der auf die Vernichtung der Arbeiterorganisationen gerichtete Machtkoller der Mehrheit des Bundes alle ruhigen Erwägungen niederschlug.

Der Verlauf der ersten zentralen Verhandlungen war infolge dessen völlig negativer Art. Es wurde nur vereinbart, in den einzelnen Vertragsgebieten über Lohnhöhe, Arbeitszeit usw. zu verhandeln. Wie der Verlauf dieser Verhandlungen auf die Bundesleitung wirkte, kann man aus folgenden Sätzen der Proschüre sehen: „Doch gleichmäßig ging dem Deutschen Arbeitgeberbunde aus allen Ecken Deutschlands die Nachricht an, daß die örtlichen Verhandlungen gänzlich ergebnislos ausgelaufen wären, da sich die Arbeiterorganisationen geweigert hätten, ihre Lohnforderungen bekannt zu geben. Als Grund dieses höchst auffälligen Verhaltens gaben sie die Unbestimmtheit bezüglich der Geltungsdauer der Verträge an. Im übrigen beschränkten sie sich darauf, zu erklären, daß die Finanzreform eine Lohnerböschung nötig mache; sie wünschten zu hören, in welcher Höhe diese von den Arbeitern in Aussicht genommen sei. Diese Zumutung (1) wurde natürlich (1) zurückgewiesen. . . Der Stellung der Gewerkschaften lag naturgemäß die bereits erwähnte Taktik auch hier zugrunde. Bei einer fünfjährigen Vertragsdauer wäre die Lohnforderung verhältnismäßig hoch ausgefallen. Dem Arbeitgeberbund durfte indessen kein Angriffspunkt gegeben werden, ihm durfte nicht die Möglichkeit gewährt werden, den Schwerpunkt der Dinge zu verschieben. Dem Bunde wäre es sicherlich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung willkommener gewesen, wegen der unerfüllbaren Lohnforderungen der Arbeiter, als wegen seiner eigenen Forderungen auszusperren. Mit einer kräftigen Lohnforderung konnte er die Öffentlichkeit für sich einnehmen und etwa wider-

strebende Arbeitgeber leicht gewinnen. Aber dazu waren die Gewerkschaften zu klug. Konsequenz bis zum äußersten führten sie ihre Taktik durch, den Bund in den Augen der Öffentlichkeit als Angreifer hinzustellen. . . Dem Arbeitgeberbunde war die Entwicklung der Dinge keineswegs angenehm. In einer Sitzung der Dreiecknerkommission und des Vorstandes wurde zu der neuen Sachlage Stellung genommen und das Tarifmuster noch einmal durchgeprüft, ohne daß irgendwelche Änderungen vorgenommen worden wären. Die Aussichten auf eine friedliche Beilegung wurden immer geringer. Unter diesen Umständen mußten wir verhindern, daß die Generalversammlung des Bundes zu Straßburg am 24. und 25. Februar bereits bindende Beschlüsse über das Vertragsmuster faßte. Noch hofften wir, bei den späteren Verhandlungen die Mehrheit für unsere friedlichen Anschauungen gewinnen zu können, daher durfte sich der Bund unter keinen Umständen festlegen. . . Auf unsern Vorschlag wurde eine möglichst farblose Resolution angenommen. . . Für uns war Zeit gewonnen, alles gewonnen.“

Aber der Straßburger Generalversammlung des Bundes war etwas vorausgegangen, wovon die Schrift der Berliner sehr wenig meldet, nämlich jene Sitzung des Bundesvorstandes im preußischen Abgeordnetenhause am 24. Januar. In dieser Sitzung war unentwegtes Festhalten an den Verwaltungsverträgen beschlossen worden, und diesen Beschluß hatte man auch der Öffentlichkeit mitgeteilt. Das war den Berlinern, anscheinend sehr bösen den Strich gewesen; aber die Mitteilung des Bundesvorstandes rebete trotzdem davon, es habe sich „eine vollständige Einmütigkeit über die Notwendigkeit ergeben, das bereits festgestellte Vertragsmuster zur Geltung zu bringen“ und „im Falle des Nichtzustandekommens die Geschäfte zu schließen.“ Der Sieg der Scharfmacher — schrieben wir damals, und heute bestätigt die Schrift der Berliner, daß es tatsächlich ein Sieg der „Interessengemeinschaft“ war, den ihnen die Berliner, denen Herr Feuer diesmal sehr seßte — er befand sich zur Erholung in der Schweiz —, vergeblich streitig zu machen versuchten. Darauf legte Herr Feuer, also noch vor der Straßburger Generalversammlung, sein Amt als erster stellvertretender Vorsitzender nieder und lehnte es auch ab, dort das Referat über die Verhandlungen zu halten. Er begründete dies mit der durch den erwähnten Vorstandesbeschuß vorgenommenen Aenderung der Taktik des Bundes und mit dem „wachsenden Einfluß der nordwestdeutschen Interessengemeinschaft, deren sozialpolitische Ansichten den feigenen durdaus zumberleifen.“ Er „habe keine Lust, für die Tätigkeit des Bundes die Verantwortung zu übernehmen, die durch eine außerhalb des Bundes stehende Vereinigung ausschlaggebend bestimmt und geführt würde.“

In einer Besprechung der drei Vorsitzenden, die der Straßburger Generalversammlung vorausging, erklärte Feuer noch einmal, daß die Berliner Unternehmer „wegen der vorliegenden Differenzpunkte nun und nimmer eine Aussperrung vornehmen würden“. Da indes auch Felsch mit der Niederlegung seines Amtes drohte, so ließ sich Feuer bestimmen, seine Amtsniederlegung zurückzunehmen. Die Proschüre bemerkt dazu: „Die leitenden Personen des Bundes konnten also schon vor der Generalversammlung in Straßburg über die Stellung Berlins keinen Augenblick im Zweifel sein.“

Nach der Straßburger Generalversammlung erstatteten die Berliner Delegierten ihrem Gesamtvorstande und den Vertretern der maßgebenden Baugeschäfte Bericht. Von

Von der Bauindustrie-Ausstellung.

In Baumfakultäten bei Berlin ist am 2. Juni die Ausstellung für Bauindustrie und Feinkeramik, die zweite ihres Genres, feierlich eröffnet worden. Eigentlich hätte diese in umgekehrter Reihenfolge gehen sollen, erst mußte diese und dann die kurzem hier besprochene Städtebau-Ausstellung arrangiert werden. Das wäre folgerichtiger gewesen; die Bauleute meinen es so. Während man den ganzen internationalen Städtebau in miniature in ein paar Sälen eines Hochschulgebäudes untergebracht hatte, erforderte die Materialausstellung ein großes, weites Sandfeld. Doch dafür hat man aber auch hier alles in Lebensgröße.

Drei Tage habe ich mich, mit ermäßigter Eintrittskarte, Notizbuch und Bleistift bewaffnet, im Sonnenbrande auf der Sanddüfte zwischen den provisorischen Willen und Pavillons umhergetrieben und will nun versuchen, den Kollegen ein möglichst getreues Bild von der interessantesten Ausstellung zu geben.

Die Ausstellung zerfällt in zwei Teile: einmal in die Ton-, Zement- und Kalkmaterialien und die zu deren Herstellung erforderlichen Maschinen, zum andern in die mit dem Bauwerk weniger zusammenhängende keramische Abteilung, die uns naturgemäß auch weniger interessiert. Wie ein kleine Weltausstellung mutet uns das über 100 000 am große Terrain mit seinen verschiedenartigen, zahlreichen Bauwerkstätten an und interessiert lassen wir unsern Blick über das Ganze schweifen. Zweierlei Aussteller sind vorhanden: einzelne Firmen, die in ihrem Bekanntheitsbereich ihre Erzeugnisse in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit dem Publikum vor Augen führen und dann die Gesellschaften, bei denen sich die ganze deutsche Industrie der einschlägigen Branche oder wenigstens ein-

zelne Bezirke derselben zu einer gemeinsamen Arrangierung vereinigt haben.

Wenn wir zwischen all den in bunter Reihenfolge errichteten Willen und Pavillons, Hallen und Oskelissen entlang schlendern, fällt uns sofort die eine Erscheinung in die Augen, nämlich daß es in erster Linie die neuesten Kunstprodukte sind, die hier das Feld beherrschen. Die Erzeugnisse der Zement-, Sand- und Kalksteinindustrie in dem verschiedenartigsten baufertigen Zustande dominieren hier, nur wenig ist die Tonsteinindustrie vertreten. Es spiegelt sich eben in dieser Materialausstellung genau die Wirklichkeit wider. An Stelle des im Feuer gehärteten Maschinenziegelsteins — von alter Sandstrich-Wadsteinherkunft ganz zu schweigen — ist das an der Sonne getrocknete, aus Zement und Sand hergestellte Surrogat getreten. Mehr und mehr verschwinden, wie jeder weiß, von den Bauten die zierlichen Verblenden, die der an seiner Arbeit interessierte Maurer so kunstvoll handhabte. Der Vorherrscher des Bereichs für Ton-, Zement- und Kalkindustrie, Albert Marsch, hat gelegentlich eines Vortrages sogar von dem Untergang der betreffenden Industrie gesprochen.

Eine der interessantesten Bauten der Ausstellung ist die sogenannte römische Villa, die die spezielle Ausstellung des eben erwähnten Vereins enthält. Dieses architektonische Meisterwerk ist von Professor Stehli-Steigly nach einem Modell des ehemaligen römischen Kaiserpalastes zu Triest entworfen und aus dem Material dieser Firmen errichtet. Getreu kopiert, macht es einen äußerst imponierenden Eindruck. Wie das Zeugnis des Baues, so führt uns auch sein Inneres zurück ins klassische Altertum; in jene bodenrichtige Epoche, deren Schöpfungen auf dem Gebiet der Antike. Alle römische Fußböden in Marmor und Terrazzo sind neben mittelalterlichen Wadsteinen und

Dachziegeln dort aufbewahrt. Zeugen einer vergangenen Zeit, der das Christentum ein Ende machte, wenigstens äußerlich. Aber auch die Schöpfungen der Neuzeit sind reichlich vertreten. Die Tonindustrie hat hier ihre herrlichen Produkte ausgestellt. Die niedriglichen Sachen schauen uns entgegen, und wer vom bloßen Anschauen nicht befriedigt ist, der kann sich gleich irgend einen Gegenstand nach eigenem Geschmack machen lassen. Denn in einer Ecke der Villa hat eine mit Spreewasser getaufte Römerin mit schwarzem Haar und Glutungen ihre Werkstatt aufgeschlagen und fertigt auf Wunsch — natürlich gegen Entschädigung in klingender Münze — kleine Andenken an. Mit ihren feinen Fingern handhabt sie die rotbraune Masse meißelhaft und in einem nebenstehenden Ofen wird das Produkt gleich gebrannt. Doch gehen wir weiter zu den übrigen Baumaterialien.

Der Märkische Ziegelsteinerbund hat einen in romanischem Stil gehaltenen geräumigen Pavillon errichtet, dessen Klagen teilweise mit statistischen Angaben über den Berliner Steinhandel sowie überhaupt über die bauliche Entwicklung beschriftet sind. Der Verein der Kalksandsteinfabriken hat nach einem Entwurf von Professor Peter Behrens aus von seinen Mitgliedern geliefertem Material ein Gebäude errichtet, das auf der Ausstellung selbst einer Brandprobe unterzogen wurde. Einer weit über alles Maß gehenden Hitze bewilligte es, um den Baum vorerst zu bringen. Die Entwürfe der Kalksandsteinindustrie und gleichzeitig ihren Bedarf im Berliner Wohnungsbau spiegelt ein von den Berliner Kalksandsteinwerken erbauter Pavillon mit in demselben angebrachten Tabellenmaterial wider. Während der Absatz im Jahre 1902 erst 29,1 Millionen betrug, bezieht er sich jetzt auf 101,9 Millionen Steine. Wohlgerneht nur in Berlin und von einer, allerdings sehr großen Firma. Auch die Kalksteinbrüche sind mit Material in allen Größen und Qualitäten vertreten. Vom höchsten Fundamentstein bis zum

dieser Sitzung berichtet die Schrift: Sie „beauftragte einmütig und mit größter Entscheidung ihre Vertreter, in der nächsten Sitzung der Dreizehnerkommission zu erklären, daß die weitere Teilnahme des Berliner Verbandes an den Verhandlungen einzustellen sei, wenn die Forderungen des Bundes als Bedingung für das Zustandekommen des Vertragsunterwerfs aufrecht erhalten würde“. Als dann die Dreizehnerkommission am 9. März — also vor den zweiten zentralen Verhandlungen — zusammentrat, erklärte Geuer: „Der Berliner Verband habe mit seinen Tarifverträgen im allgemeinen gute Erfahrungen gemacht; nur wenn Verschlechterungen der bestehenden Verträge seitens der Arbeiter gefordert werden sollten, würde Berlin zur Aussperrung schreiten. Die Prinzipienforderungen, die die Verständigung mit den Gewerkschaften verhindern, wären kein unbedingtes Erfordernis für die neuen Verträge. Bedarre die Kommission auf diesen Forderungen, so könne sich Berlin an den ferneren Verhandlungen nicht mehr beteiligen.“ Diese Erklärung ist natürlich die Entzweiung der Interessengemeinschaft hervor: „Man drohte mit der Abreise, erklärte die ganzen jahrelangen Bemühungen für umsonst und bestürmte die Vertreter Berlins, diese Stellung aufzugeben. Doch unsere Vertreter mühten erwidern, daß alle derartigen Versuche vergeblich wären. Es sei auch überflüssig, darüber lange Diskussionen zu pflegen. Grundschiedene Anschaunngen ständen sich gegenüber; der Berliner Verband habe seit seinem Bestehen durch paritätische Verhandlungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen festgesetzt; der Deutsche Arbeitgeberbund, oder wenigstens die Kreise, die jetzt den maßgebendsten Einfluß im Bunde ausübten, betrachteten die Tarifverträge lediglich als notwendiges Übel und wollten die Macht, die sie durch den einseitigen Ablauf der Verträge gewonnen haben, dazu benutzen, einseitig die Arbeitsbedingungen zu diktieren. Dann solle man den Mut haben, mit dem System zu brechen und wieder Arbeitsordnungen erlassen. Eine Fortentwicklung der Tarifidee sei unter diesen Voraussetzungen unmöglich, Berlin folge dem Bunde auf diesem Wege nicht.“

Diese deutliche Aussage konnte jedoch die Mehrheit der Dreizehnerkommission nicht wanden machen. Wohl beschloß man, einige weniger bedeutungsvolle Forderungen als Handelsobjekte fallen zu lassen, wie die Einschaltung des Wortes „täglich“ und das Verbot der Agitation während der Pausen. Aber, so schreibt die Denkschrift: „An die Durchführung dieser Forderungen war kaum jemals ernstlich gedacht worden.“ Trotz dieser Stellungnahme ließ sich Geuer von der Kommission doch bestimmen, die an demselben Tage stattfindenden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern zu leiten und die Forderungen der Interessengemeinschaft zu vertreten. Als die Forderungen der Unternehmer, daß das technische Gelingen einer Arbeit Ueberstunden rechtfertige, zur Diskussion stand, da sagte Herr Geuer zu den Arbeitervertretern: „Darum werden Sie es doch nicht in ganz Deutschland zur Aussperrung kommen lassen?“ „Sie doch auch nicht!“ erwiderten diese. „Aber sicher!“ rief Herr Geuer darauf. Eine Stunde vorher hatte derselbe Mann wegen viel schwerer wiegender Forderungen die Beteiligung an der Aussperrung abgelehnt. Das ist ein erbauliches Komödientenspiel gewesen.

Nach dem Scheitern dieser Verhandlungen berief der Arbeitgeberbund seine Generalversammlung nach Dresden ein. Die Vertreter des Berliner Verbandes hatten erklärt, daß sie nunmehr allein mit den Gewerkschaften ver-

handeln wollten; doch stellten sie diese Verhandlungen auf Wunsch der Dreizehnerkommission bis nach der Generalversammlung zurück, in dem lokalen Bestreben, dem Bunde nirgend Schwierigkeiten zu bereiten“. Eine weitere Sitzung des Berliner Vorstandes und der größeren Berliner Waagegeschäfte markierte nochmals scharf ihren Standpunkt und zog bereits den Austritt aus dem Bunde in Erwägung.

In der Sitzung des Bundesvorstandes, die der Dresdner Generalversammlung vorausging, plakten die Geister dann so scharf aufeinander, daß es zum endgültigen Bruch kam. Die Denkschrift schildert die Vorgänge so: „Es war eine sehr bewegte Sitzung, hart standen sich die verschiedenen Anschauungen gegenüber. Ein Bericht über die letzten Verhandlungen wurde erstattet, dann folgte die Erklärung Berlins. Aber die Interessengemeinschaft aus Rheinland und Westfalen hatte gut vorgearbeitet; die Süddeutschen, die in diesem Kampfe den schärfsten Standpunkt vertraten, Sachsen, Mitteldeutschland, die Nordwestküste unseres Vaterlandes, alle waren fest entschlossen, von den Prinzipienforderungen nicht abzugehen. Kampf je eher, um so besser. Was nützte unser Hinweis, daß die öffentliche Meinung nicht auf Seiten des Bundes wäre, daß selbst eine gewonnene Aussperrung niemals um dem Ziele führen könne, das der Bund erstrebe, daß der zentrale Abschluß später ganz von selbst kommen werde, daß Hamburg, wie auch verschiedene andere Städte den Standpunkt Berlins teilen würden, daß der Ausgang des Kampfes kein Ausnahmsblatt für den Deutschen Arbeitgeberbund darstellen werde. Es war alles vergebliches Reden; dem unbefangenen Beobachter der Versammlung mußte es scheinen, als ob sich die meisten hier versammelten Männer von dem schweren unerträglichen Druck einer Fremdherrschaft, die ihnen Freiheit, Luft und Licht geraubt hatte, befreien wollten. Solche Verwirrung hatte die sorgfältigste Einwirkung der Interessengemeinschaft in den Köpfen verursacht. Von einer kalten und nüchternen Erwägung der tatsächlichen Verhältnisse keine Spur... Man schreitet zur Abstimmung, stundenlang hat die Debatte hin und her gewogt. Der Vorstand beschließt:

- a) Den Eölnner Beschluß über die Arbeitszeiterhöhung, dessen Beibehaltung die Arbeitnehmer als eine grundsätzliche Forderung beantragt hatten, der Generalversammlung nicht zur Revision zu unterbreiten;
- b) am zentralen Abschluß der Verträge festzuhalten (mit 25 gegen 5 Stimmen);
- c) es soll jedem Verbands freigestellt werden, eine Minderung der Lohnmethode zu vereinbaren (mit 16 gegen 5 Stimmen);
- d) die verschärfsten Bestimmungen über die Affordarkeit sollen aufrecht erhalten werden (mit 25 gegen 6 Stimmen);
- e) die Arbeitsnachweisfrage soll geklärt werden, und zwar soll der Arbeitsnachweis außerhalb des Vertrages in einer Nebenabrede von den Gewerkschaften anerkannt werden (mit 18 gegen 13 Stimmen).

Nach dieser Abstimmung legte der Vorsitzende unseres Verbandes (Geuer) sein Amt als stellvertretender Vorsitzender des Bundes nieder. Er stellt ferner die Frage an den Bundesvorstand, ob er es unter diesen Verhältnissen wünsche, daß die Berliner Delegierten an der am nächsten Tage stattfindenden Hauptversammlung teilnähmen. Falls sie anwesend wären, würden sie genau so scharf und rüchlos ihre Ansichten sagen und vertreten, wie in dieser

Vorstandssitzung. Die Amtsniederlegung des Vorsitzenden erregte arge Verwirrung. Wiederrum ergaben die dringenden Bitten an ihn, die Leitung zu behalten. Er erwidert, daß es gänzlich ausgeschlossen sei, ihn von seinem Entschlusse abzubringen. Er würde seinen Namen nicht unter die Beschlüsse setzen, wie sie jetzt durch die Abstimmung des Vorstandes angenommen wären und voraussichtlich auch in der Generalversammlung zustande kommen würden. Einige wollten neue Kompromißanträge verhandeln lassen, andere wünschten, die Abstimmung noch einmal vorzunehmen. Doch es bleibt bei der ersten Abstimmung und außerdem wird beschlossen, die Berliner Herren zu bitten, von der Generalversammlung fern zu bleiben. Am Ausgang dieser denkwürdigen Vorstandssitzung hatte es den Anschein, als ob eine große Anzahl norddeutscher Bezirksverbände mit den Beschlüssen keineswegs einverstanden waren, es schien, als würde sich noch in der Hauptversammlung eine scharfe Opposition geltend machen; die unter Umständen zu einer Trennung führen könnte. Doch die Führer der Kriegspartei hatten die Unstimmigkeiten ausgeglichen. Die Versammlung war überaus gut besucht; helle Begeisterung herrschte und Schwärmerklingen war die Lösung. Die wenigen Verbandsvertreter, die zur Mäßigung rieten, die davor warnten, die Arbeitsbedingungen diktierten zu wollen, wurden nur unwillig angehört; ihr Wort verhallte in dem jubelnden Beifall, der denen gesendet wurde, die die alte abgedrohte Phrase: „Der Bauunternehmer müsse wieder Herr im Hause sein, in hundert Variationen vorzubringen verstanden. Wiberrede war vergebens; lassen Sie sich durch das Beispiel Berlins nicht beirren!“ so rief der Führer der Interessengemeinschaft, und man folgte seiner Partei, die diesen Tag seit Jahren vorbereitet hatte und heute den Erfolg ihrer Mühen erntete.“

In diesem Begeisterungssturm wurden dann die bekannten Beschlüsse gefaßt, die durch ihre Unklarheit den Eindruck hervorriefen sollten, als habe der Bund etwas von seinen Forderungen aufgegeben, in Wahrheit aber der alten Absicht auf Vergewaltigung der Arbeiter nur einen neuen Ausdruck gaben. Diese Beschlüsse wurden nun die Veranlassung des großen Kampfes, der am 15. April begann.

Die Denkschrift der Berliner wirft nun die Frage auf: „Ob diese Forderungen unerläßliche Voraussetzungen für neue Tarifverträge darstellten, bei deren Ablehnung an die ultima ratio zu appellieren war.“ Sie geht dabei die einzelnen Forderungen des Bundes durch, sie vom Unternehmerstandpunkt prüfend. Die Gedankengänge der Denkschrift bei dieser Prüfung sollen in einem weiteren Artikel geschildert werden. Ein vierter Artikel wird dann die Haltung der Berliner Unternehmer zusammenfassend würdigen und zu erklären versuchen.

Die Italiener während der Aussperrung.

Am Schluß meines diesjährigen Berichtes über die Winteragitation in Italien schrieb ich, daß nach meiner Uebersetzung unser großer Kampf durch die italienischen Einwanderer nicht geschädigt werden würde. Zwar begegnete dieser meine Auffassung da und dort einigen gelinden Zweifeln, aber der Verlauf der Aussperrung hat mir recht gegeben. Schon die Einwanderer, hauptsächlich was Maurer anbetrifft, bewegte sich den Vorjahren gegenüber in sehr engen Grenzen. Hunderte, ja Tausende von Maurern, die gewohnt waren, nach Deutschland zu kommen, suchten sich anderweitiges Unterkommen in Oesterreich, Ungarn, Rumänien, Bosnien usw.,

sorgfältig behauenen Fassadenbüffel und kleinsten Schotter sind sie, insbesondere von der königlichen Berginspektion Müllersdorf, zur Schau gestellt. Auch die Patentdecken sind in den verschiedensten Systemen vertreten. Namen brauchen wir nicht zu nennen, unseren Kollegen sind sie zur Genüge bekannt. Belastet und unbelastet stehen sie auf breitem Säulengänge da, mehr oder minder ansprechend. Als verhältnismäßig neu möchte ich jedoch die freitragenden „Rehmannböden“ erwähnen. Bei diesen Böden sind die Steine hochkantig bearbeitet und durch starken Druck verankert. Ein ganzes Gebäude ist daraus errichtet. Infolge der hochkantigen und komplizierten Aufeinanderbefestigung der Steine und der raffinierten Verankerung halten sich die Wände trotz eines verhältnismäßig schweren Daches ganz von selbst. Einmalige Fundamente erweisen sich als überflüssig, nur an den vier Ecken, und einzelnen, besonders belasteten Stellen ist ein Unterbau nötig.

Und dann erbt der Zement! Worbei sind die Zeiten, wo man aus dieser Masse einzig Treppentufen und Abflurgräben herstellte. Die Ausstellung lehrt uns, daß man heute Rechenabzweigen und Bausteine, Pfeiler und Paternostern, Verkegungen und Dachkonstruktionen daraus verfertigt. Und wie bequem sich das alles macht. Ein Rammenmaß ist z. B. inwendig hoch und ermöglicht es so, die Kette mit der Drehvorrichtung zum Sinauf- und Herunterlassen der Rampe innen anzubringen. Dadurch wird diese einmal gegen Wind und Wetter geschützt und ist zum andern niemand im Wege. Auch Glasdächer, bei denen die früheren eisernen Querbalken durch armierten Beton, der sich über weite Flächen spannt, ersetzt sind, zeigt die Ausstellung. Der Zementbetonindustrie gehört ohne Zweifel die Zukunft.

Die verschiedenen heute üblichen Gipsbaubeissen werden uns in einem von dem bekannten Baukünstler Bruno Möhring entworfenen Kabinon vor Augen geführt. Holz-

stoffe und fertige Fabrikate in ihrer spezialisierten Verwendung sind hier vorhanden. Von Mischgips bis zur Gipsdiele und der Dachkonstruktion aus Gipsfabrikaten zeugen für die Entwicklung auf diesem Gebiete. Aber noch andere zum Holz, Ziegler- oder Straßengips zu verwendende Materialien gibt es: Holz-, Kork-, Schlacken- und Glassteine; ferner zur Ausschmückung Terrazzo, Terrafolta, Terranova und wie alle die schönen Sachen heißen.

Die Kachel- und Fliesenindustrie ist durch einen wunderbaren Bau vertreten. Eine angenehme Kühlung umfängt uns hier drinnen bei der draußen herrschenden Hitze. Innen wie außen ist dieser kleine Palast mit den feinsten Erzeugnissen der Kachelwerke geziert. Wabenwannen, Wandbelieferungen und Fußböden, alles glitzert und glänzt in dunkeln oder hellen Mustern, so daß man sich darin beispiellos kann. In der Mitte aber plätschert auf eine in einem runden Becken schwimmende Schär Goldfische bieramte eine Fontäne nieder. Eine geschmackvolle Blumendekoration ist angebracht und bequeme Sessel laden zum Verweilen in diesem Kühlung spendenden Raum ein.

In der großen Maschinenhalle haben die Fabrikanten ihre eijernen Erzeugnisse zur Schau gestellt. Viele werden auf Wunsch in Tätigkeit gesetzt. Von den Wehl- und Wälzmaschinen bis zu den verschiedensten Stempelpressen ist auch hier alles vertreten, was nützlich die Erdmündung und deutscher Fleiß geschaffen haben. Natürlich ist bei allen diesen Sachen die nötige Kellame nicht vergessen worden.

Verschiedenes könnte noch angeführt werden. Von der Gewinnung des Holzstoffes in den Gruben und der Fertigstellung in den Fabriken bis zum Transport nach der Baustelle und der Verarbeitung des Produkts dorthin; aber wegen der Mannigfaltigkeit kann nur schematisch berichtet werden. Ein detailliertes Eingehen auf einzelne Erzeugnisse müssen wir uns schon aus Raumgründen verjagen.

Interessieren dürften jedoch noch die ausgestellten Arbeiten der königlichen Baugewerkschulen. Holz-, Eisen- und Steinkonstruktionen, Zeichnungen und Tabellen zeugen von dem, was in diesen Anstalten geschaffen wird. Eine ganze Halle ist mit solchen Objekten angefüllt. Gemauert, gemauert, gemauert und genietet ist da geworden, während vorher der Feigenstift und die Luze das Ganze ausschaulich aufs Papier drachten. Eins der Institute, die auch im Laufe eine wichtige Rolle spielen, ist das königliche Material-Prüfungsmat, welches eine sehr umfangreiche Ausstellung arrangiert hat. Nicht bloß für alle Baumaterialien ist hier die Reiz- und Druckfestigkeit angegeben, sondern auch für Glas, Zement, Säde usw. Auf die verschiedensten Einwirkungen wie Feuer, Luft, Frost usw. können hier die Materialien untersucht werden; auch über die chemischen Bestandteile in Sand, Mörtel und Eisen.

In der Ausstellung, die bis zum 18. Juli während soll, wird sowohl der Fachmann als auch der Laie seine Befriedigung finden, und besonders die sich so gewaltig bahnbrechenden neuerfindlichen Produkte werden den Interessenten anziehen. Vieles in der einschlägigen Branche, das man kaum je einmal gesehen, ist hier vertreten und beweist, in welcher starken Entwicklung sich die deutsche Baumaterialienindustrie befindet; beweist aber auch, daß die soviel prophezeigte Minimierung des Gewerbes durch die Lohnforderungen seitens der Arbeiter nichts sind als hohle Phrasen. Der Glanz und die Entwicklung der Materialienindustrie zeugt ferner auch dafür, daß die großen Abnehmer derselben, das deutsche Baugewerbe, recht lebenskräftig sein muß und sicher nicht an jenen bescheidenen Forderungen zusammenbricht, die die fleißigen Erzeuger der Werte nun einmal zu stellen gezwungen sind. Denn reichlich Brot für beide Teile bietet das Gewerbe; nur auf eine gerechte Regelung und Verteilung kommt es an. J. Kl.

wie die zahlreichen mit zugegangenen Karten und Briefe aus diesen Ländern beweisen. Während des Kampfes selbst hörte man ebenfalls, mit Ausnahme weniger Fälle, nicht, daß Italiener zugezogen wären oder daß sie sich als Streikbrecher lästig gemacht hätten.

Nachdem die Ausperrung schon einige Wochen gedauert hatte, versuchte ich, ein klares Bild darüber zu bekommen, wie sie sich in den einzelnen von ihnen frequentierten Gebieten zu der Bewegung stellten. Dabei mußte ich eine eigenartige Erfahrung machen. Aus den Gebieten, aus denen befristet der Ruf nach einem italienischen Migrator erschallt, aus Rheinland und Westfalen, bekam ich im ganzen bloß drei Antworten auf mein Zirkular, und zwar aus Aachen, wo gar keine Italiener vorhanden waren, aus Duisburg, wo wenige Maurer, aber viele Bauarbeiter beschäftigt waren, und aus Lützencheid, wo sich ebenfalls nur wenige Italiener aufhielten. In Lützencheid und Duisburg war ein Teil der Maurer organisiert und kam seinen Pflichten nach. In dem oben erwähnten Zirkular habe ich angegeben, was die Lustkämpfe der Zweige dienen sollten, und in der Tat habe ich aus einzelnen Orten in Bayern, das, nebenbei bemerkt, am besten und schnellsten berichtet hat, für mich sehr wertvolle Aufschlüsse erhalten. Deshalb bedauere ich umso mehr die Gleichgültigkeit der rheinisch-westfälischen Kollegen.

Die Einwanderung wäre noch geringer gewesen, wenn nicht verschiedene ungünstige Umstände mitgespielt hätten. Fast gleichzeitig mit unserer Ausperrung brach in Mailand ein Streik aus, der annähernd 20000 Bauarbeiter umfaßte; ebenso fanden in einigen andern Städten Italiens die Maurer im Kampfe. Mailand, das im Falle des Nichtausbrechens des Streiks noch einige tausend Arbeiter hätte aufnehmen können, war nun gezwungen, einen Teil der Streikenden ins Ausland zu schicken, hauptsächlich in die Schweiz, einen Teil davon auch nach Ostpreußen und Luxemburg. Andererseits konnte ich auch konstatieren, daß während der ersten Hälfte der Ausperrung ganze Scharen von Italienern, hauptsächlich Erdarbeiter und Bauhilfsarbeiter, aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiete über Konstanz nach Hause zurückkehren mußten, weil sie trotz wochenlangen Umhertrens keine Arbeit fanden. Mitteilungen von organisierten Kollegen, die in diesem Jahre der Ausperrung wegen in Italien geblieben sind, bestätigen diese meine Beobachtungen, ebenso in Bezug stationierte Genossen der italienischen Auswanderer-Hilfsgesellschaft.

Wir können also im allgemeinen sagen, daß wir mit der Haltung der italienischen Einwanderer während der Ausperrung zufrieden sein können. Ob im Falle eines allgemeinen Streiks ihre Haltung die gleiche gewesen wäre, ist natürlich eine andere Frage. Aber auch hier bin ich der Ansicht, daß im großen und ganzen die Sache ähnlich verlaufen wäre. Man kann das daraus schließen, daß in einer ganzen Reihe von Orten die Italiener bei Ausbruch der Ausperrung abriefen, obwohl sie nicht entlassen und auch von uns nicht zur Abreise gedrängt wurden. Es muß hier auch hervorgehoben werden, daß in sehr vielen Orten die in Arbeit stehenden italienischen Kollegen die Streikbeiträge ohne Murren bezahlten. Aus Heilbronn z. B., aus Karlsruhe, Augsburg usw. wurde mir mitgeteilt, daß dort die Italiener mit Freunden ihre Pflicht erfüllt haben. In Offenburg sagte ein armer, schlecht bezahlter Erdarbeiter, er würde noch mehr bezahlen, wenn es nötig sei, er vergaßte während des Kampfes lieber auf sein gewohntes Glas Bier, als daß er seine Extrabeiträge nicht bezahle. Einzelne Kollegen, die schon monatelang auf Eisenbahnbauten zwischen Massen von indifferenten Landsleuten und Kroaten arbeiteten, schickten mir regelmäßig alle paar Wochen den Betrag für die laufenden und die Extrabeiträge. Man darf derartige Opfer nicht gering schätzen, sondern man muß sich stets daran erinnern, daß diese Kollegen fern von ihrer Familie sind, daß sie doppelte Haushaltung zu führen haben und auf den Verdienst während der sieben oder acht Monate angewiesen sind, in denen sie bei uns arbeiten. Da ist jeder Pfennig von bedeutendem Wert für sie.

Hier möchte ich eine Bemerkung einbringen, und ich bitte unsere Genossen in Italien, die diese Zeilen lesen, gewisse Leute aus Parteilosen Italiens darauf hinzuweisen: Die Beispiele von manchmal züfender Opferwilligkeit der italienischen Kollegen sind beinahe ausschließlich von Leuten gegeben worden, die mir uns selbst erzogen haben, d. h. von Leuten, die durch uns in Deutschland mit den Ideen der Arbeiterbewegung bekannt wurden. Die meisten dieser aber, die schon als „aufgeklärt“ zu uns kamen, haben schließlich ihre Ueberzeugung in die Gänge geworfen, als es daran ging, die Streikbeiträge zu bezahlen. Wägen die Redakteure all jener „Risveglio“, „Avvenire“, „Squilla“, die so zahlreich in den Provinzen Como, Mailand und Reggio Emilia den „Sozialismus“ vertreten, mal herkommen und die Resultate ihrer „Vollziehung“ beschaun. Sie haben uns einen Haufen Leute herangezogen, die zwar genau wissen, was für eine Last jeder einzelne sozialistische Abgeordnete hat, die zwar die tiefgründigsten philosophischen Betrachtungen anstellen über gewerkschaftliche und politische Kampfmethoden, die die Waffen nur so duftendweise verpfeifen, die aber nicht imstande sind, die einfachsten und stärksten Bestimmungen unseres Statuts zu begreifen. Diese Leute, die den Idealismus und das Stufenbewußtsein mit dem Köffel gegeben haben, die am liebsten jede Woche (aber möglichst Sonntags, damit sie die Woche durch keine Stunde verläumen) eine Revolution machen möchten, diese Leute sind vielfach aus dem Verbanne ausgetreten, damit sie keine Streikbeiträge zu zahlen brauchen.

Wenn wir nun untersuchen, welchen Gründen wir die uns so günstige Verrückung in der Haltung der italienischen Einwanderer zu verdanken haben, so muß in erster Linie die jahrelange unverdrossene Migration genannt werden, die vor zehn Jahren durch den Genossen Johann Valär, den früheren Redakteur des „L'Operaio“, unter den schwierigsten Umständen eingeleitet wurde. Die deutsche Bauarbeiterschaft schuldet diesem Manne die größte Anerkennung; denn zur Zeit als er als erster in die berüchtigten Streikbrecherer der Provinz Wäme einbrang, war das noch eine etwas fihliche Sache, bei der unter Umständen eine Tracht Prügel herauspringen konnte. Heute können wir sagen, daß die Leute in dieser Provinz in absehbarer Zeit den Kern unserer italienischen organisierten Kollegen bilden werden, während von drohendem Streikbruch ihrerseits jetzt schon nicht mehr die Rede sein kann. Rechtzeitig wurden auch voriges Jahr die Massen der italienischen Einwanderer durch Flugblätter auf die kommen-

den Ereignisse hingewiesen. In den Versammlungen während des Winters in den Auswandererdörfern selbst bildete die angebroste Ausperrung ebenfalls das Hauptthema. Hervorgehoben muß ferner werden, daß die nachdrückliche Art und Weise, mit der die Presse aller Parteien Italiens die Auswanderer davor warnte, während des Kampfes nach Deutschland zu gehen, für uns sehr wertvoll war. Sogar die „Opera di Assistenza“, eine Gründung des Bischofs Bonomelli in Gremona, die sich dem Schutz der Auswanderer an der Grenze und im Auslande zur Aufgabe gemacht hat, versicherte dieimal in die in Frage kommenden Bezirke Zirkulare mit entsprechenden Warnungen. Das Organ dieser Institution, die in Basel erscheinende Zeitung „La Patria“ brachte verschiedene sehr objektive gehaltene Artikel und während der Ausperrung fortlaufende Warnungen vor Einwanderung. Leider konnte sie, während sie auf den ersten Seiten die Arbeiter vor Zugang warnte, es nicht unterlassen, auf der vierten die üblichen Insuperale von deutschen Unternehmern zu veröffentlichen, die italienische Arbeitskräfte suchten. Weiter hat die sozialistische Fraktion in der italienischen Kammer durch den Genossen A. Cabritti die Regierung durch eine Interpellation aufgefordert, durch gewissenlose Agenten umgänglich gemacht werde. Die Folge davon war ein Zirkular an die Präfekten mit entsprechenden Anweisungen. In einigen Provinzen wurde sogar die Ausstellung von Pässen für Deutschland zeitweilig, aufgehoben. Fürchterlicher Gedanke für einen preussischen Bureaukraten! Auswanderersekretariate, Fabrikinspektionen, lokale Behörden und Organisationen haben ebenfalls dazu beigetragen, die Auswanderer vor unüberlegten Schritten abzuhalten. Es ist selbstverständlich, daß unsere Bruderorganisation, die Federazione Edilizia, ebenfalls alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um einer Ueberflutung des Kampfesfeldes durch italienische Streikbrecher vorzubeugen. Sie stellte an den Grenzstationen, die für den Verkehr nach Deutschland in Betracht kommen, Posten auf, denen es gelungen ist, ansehnliche Scharen von Auswanderern von ihrer Abicht, nach Deutschland zu gehen, abzurufen.

Allen diesen Körperschaften und Personen sei hiermit der Dank unserer Organisationen ausgesprochen. Sie haben zwar einzelne Fälle von Streikbruch nicht verhindern können, aber wir dürfen sie nicht dafür verantwortlich machen. Auf alle Fälle haben sie alles mögliche getan, um uns, und dadurch auch ihre Landsleute vor Schaden zu bewahren.

Zum Schluß einige Worte an die Kollegen in den Orten, wo mit italienischen Arbeitern zusammengearbeitet wird. Nach der Ausperrung hat sofort wieder, hauptsächlich in den Grenzgebieten, eine Zunahme der Einwanderung stattgefunden. Hier mögen die Kollegen mit aller Energie an die Arbeit gehen, aber ohne in den Fehler zu verfallen, alles in einen Topf zu werfen. Sie müssen sich zur Richtschnur nehmen, daß die organisierten Italiener mit Anstand zu behandeln sind, damit die Unorganisierten von selbst die Differenz herausfinden. Aber überall dort, wo sich die oben charakterisierten „Ueberdiesigen“ breit machen, muß ihnen ganz energig auf die Fesseln getreten werden. Für diese Schmarotzer am Körper der Arbeiterbewegung ist in Deutschland kein Platz vorhanden. Wägen sie zusammen mit den Advokaten-Redakteuren der Zeitungen, aus denen sie ihre Weisheit schöpfen, ihren Magen mit Schlagworten und „Idealismus“ füllen; sie werden dann bald andere Anschauungen gewinnen. Die Gegenden, an die ich dabei denke, sind hauptsächlich die an die Schweiz grenzenden Gebiete, wobei Basel als Sammelpunkt all dieser Hanswürste betrachtet werden muß.

L. B.

Wirtschaftliche Rundschau.

Eine neue Vorkenderoute und ihre Beziehungen zum Arbeitsmarkt. — Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe. — Erholung in der Tabakindustrie.

Wenn man geglaubt hätte, nach der Deroute an der New Yorker Börse vom Anfang Juni würde der Kapital- und Geldmarkt wieder längere Zeit Ruhe bekommen, so hat man sich getäuscht. Im Gegenteil, das Ende des Monats Juni hat eine abermalige Erhöhung gebracht, die sich in ihrer Einwirkung auf die europäischen Börsen viel empfindlicher äußerte als die Bewegung am Beginn des Monats. Der äußere Anlaß des Kurssturzes war eine Entscheidung der zwischenstaatlichen Kommission, der zufolge einzelne Bahnen die Herabsetzung ihrer Frachtraten vorgezeichnet wurde. In diesem Vorgehen einer amtlichen Instanz erblickten die Finanzmagnaten einen neuen Angriff der Regierung gegen ihre Bewegungsfreiheit und beantworteten diesen prompt mit einer abermaligen Herabsetzung der Kurse aller Spekulationspapiere, nicht nur der Eisenbahnwerte. Die Kursherabsetzungen waren so allgemein und stark, daß auch an den deutschen Börsen die Stimmung umschlug und fast auf dem gesamten Industriekapitalmarkt starke Verkäufe zu wehenden Kurven geführt wurden. Es sind in ein paar Tagen Verluste infolge dieses Zwischenfalls eingetreten, die das immer mehr wachsende spekulierende Publikum etwas ermüdet haben dürften. Es hat sich dabei einmal wieder herausgestellt, daß sehr viel mit deutschem Gelde auch an ausländischen Börsen spekuliert wird — eine Genossenschaft, die aus mehr als einem Grunde ihre bedenkliehen Seiten hat. Die Sucht der Tagespekulation, die immer weitere Kreise auch der mittleren und kleinen Kapitalisten ergreift, ist ein Krebsgeschaden unserer Volkswirtschaft und beeinträchtigt auch den Arbeitsmarkt in viel höherem Grade, als man gemeinhin glaubt. Es wird ja nicht gekauft und verkauft, um sein Kapital dauernd oder für längere Zeit in einer bestimmten Anlage zu immobilisieren, sondern es wird hin- und hergehandelt, um an den Kurschwankungen zu verdienen. Und es geschieht Summen aus dem volkswirtschaftlichen Organismus herausgeholt, die in gar keinem Verhältnis zu dem wirtschaftlichen Zweck einer berechtigten Spekulation stehen. Die Folge ist im Effekt eine ungeheure Wertsteigerung des mobilien Kapitals, die bedingt, daß aus unsern gewerblichen Unternehmungen immer höhere Summen zur Verzinsung der Kapitalien herausgewirkt werden müssen. Denn wenn auch kürzlich ein hervorragender Bankdirektor gemeint hat, für die Dividendenverteilung komme bei einer Aktiengesellschaft nur das Nominalkapital in Frage,

so stimmt die Praxis mit dieser Meinung doch nicht im entferntesten überein, vielmehr muß sich die Dividendenpolitik auch nach der Kurshöhe der Kapitalien richten, im Durchschnitt weit über den inneren Wert der Industriefaktien hinausgehend. Mit Rücksicht auf diesen starken Einfluß der auch den Lohnniveau auf diesen starken Einfluß, vom Standpunkte des Arbeiters betrachtet, muß der Börse steigende Aufmerksamkeit geschenkt werden, und die Zeit dürfte nicht mehr allzu fern sein, wo dieses Interesse sich zu der Frage verwickelt, wie den Kurssteigerungen wie die großen Finanzmagnaten Amerikas vermögen, an den Börsen der ganzen Welt Kurszuwächungen von größter Tragweite zu inszenieren, so vermag auch mit der Zeit die organisierte und geschickt geleitete Arbeit Kursteigerungen, die die Interessen der Arbeit beeinträchtigen, entgegenzuwirken.

Wenn auch die Ausperrung im Baugewerbe in den zwei ersten Wochen ihres Verlaufs den Arbeitsmarkt nach wenig verändert hatte, so äußerte sie sich doch während des Monats Mai um so prägnanter. Der Arbeitsmarkt in Baugewerbe zeigte während des genannten Monats eine Verschlechterung, die zur Folge hatte, daß der Anbruch am Arbeitsmarkt noch ungünstiger war als während der Krisenjahre. Für das ganze Reich und für sämtliche Bezirke des Baugewerbes stellte sich der Anbruch im Mai des laufenden Jahres auf 182,9, während er im nämlichen Monat 1909: 112,9, 1908: 151,0, 1907: 108,7 und 1906: 108,5 betragen hatte. Dieses Hinausschieben des Anbruchs kam in der Hauptfache an solchen Plätzen zum Ausdruck, wo weitergearbeitet wurde, während in den gesperrten Orten selbst jeder Verkehr am Arbeitsmarkt mehr oder weniger ruhte. Der steigende Anbruch erklärt sich ja auch leicht durch die Abwanderung von ausgesperrten Arbeitern nach solchen Orten, wo weitergearbeitet wurde. Von den verschiedenen Bezirken zeigt der Arbeitsmarkt der Wäner die intensivste Verschlechterung; erst in einigem Abstand kommen die Zimierer. Nachdem nun die Ausperrung zu Ende ist, dürfte die ungünstige Verschiebung des Arbeitsmarktes auch wohl bald wieder nachlassen, wenn auch damit gerechnet werden muß, daß vor etwa September kaum wieder ganz befriedigende Verhältnisse eintreten dürften. Die Sommermonate Juli und August bedeuten für die Bautätigkeit regelmäßig eine relativ stille Zeit, und es ist kaum anzunehmen, daß hierin im laufenden Jahre eine besondere Abweichung eintreten wird. Um so mehr aber darf man hoffen, daß die Herbstmonate reichliche Arbeitsgelegenheit bringen und einen Teil der Verluste ausgleichen werden, die infolge der Ausperrung für die Arbeiterschaft des deutschen Baugewerbes entstanden sind.

Unter der Einwirkung der drohenden und perfekten Erhöhung der Zafabaksteuer hat das gesamte Zafabakgewerbe einen Niedergang erlebt, wie er kaum je einmal so allgemein und intensiv beobachtet worden sein dürfte. Am Arbeitsmarkt stieg der Anbruch auf eine Höhe, die für eine ganz ungewöhnliche Arbeitslosigkeit sprach. Erst seit ein paar Monaten geht der Anbruch wieder zurück, so daß man hoffen kann, auch in der Zafabakindustrie bessere Verhältnisse zu erwarten. Freilich darüber darf nicht vergessen werden, mit welchen Opfern diese Erholung bezahlt werden muß. Das Angebot arbeitender Zafabakarbeiter hat sich verringert, weil eben zahlreiche Arbeitskräfte männlichen und weiblichen Geschlechts sich überhaupt nach anderer Arbeitsgelegenheit umsehen mußten. In manchen Bezirken des Zafabakgewerbes hat sich die Zahl der in der Zafabakindustrie tätigen Personen erheblich dezimiert, und es ist borthan nicht daran zu denken, daß das Zafabakgewerbe in diesen Bezirken wieder die Arbeitsgelegenheit bis auf die frühere Höhe steigern kann. Namentlich dürften diese Aussichten für die Bezirke zutreffen, in denen noch relativ bessere Löhne bezahlt werden. Unter dem Druck der neuen Steuern sind nämlich nicht nur Betriebe eingegangen oder verkleinert worden, sondern es haben sich in Gegenden mit besonders niedrigen Löhnen neue Betriebe gebildet, deren Wettbewerb in den nächsten Jahren noch viel von sich reden machen dürfte. Es ist die alte leidige Erfahrung, daß die Zafabakindustrie fast systematisch, und ohne Unterlaß ihre Standorte verweist, indem sie zur Verbilligung der Geseßungskosten immer entlegener ländliche Gegenden mit den niedrigsten Lohnsätzen aufsucht. Besonders hört man aus Schlesien von einer Ausbreitung des Zafabakgewerbes infolge der dort noch herrschenden niedrigen Ansprüche der ländlichen Bevölkerung. Wenn sich also auch die Arbeitsgelegenheit im Zafabakgewerbe wieder bessert, so bleibt die Situation für die Zafabakarbeiter aus dem zuletzt angeführten Grunde nach wie vor noch recht unbefriedigend.

Berlin, 3. Juli 1910.

Hof. Galtner.

Politische Umschau.

Die Furcht der „Staatsbehörden“. — „Gepantene Attentat“ auf das Reichstagswahlrecht. — Wird eine neue preussische Wahlrechtsvorlage kommen? — Mißtrauen der schwarz-blauen Blockstrüder gegen Bethmann. — Welcher deutsche Bundesstaat hat das „freieste Volk“? — Die Bewegung der französischen Eisenbahner. — Volkstötterung der Republik Argentinien durch die organisierte Arbeiterschaft.

Die armen „Staatsbehörden“, die „Männer der Ordnung“, die „Stützen von Thron und Altar“, die Generalpäpster aller volksbeglückenden Weisheit — sie können uns beinahe leid tun. Sie glauben zwar oder geben vor zu glauben an die Allmacht Gottes, der alles zum Besten lenkt. Sie „fürchten Gott, sonst nichts in der Welt“. Aber die Sozialdemokratie fürchten sie doch noch mehr. Ihr gegenüber verlassen sie sich nicht auf die Hilfe ihres Gottes, sondern auf das „Recht des Stärkeren“, auf die Gewalt und auf die Waffen der Rüge und der Heuchelei. Der Siegeszug der „Umsturzpartei“ läßt sie nicht herauskommen aus Furcht und Bangen vor der Zukunft. Die nächsten Reichstagswahlen! Sollen diese den Sozialdemokraten eine ausschlaggebende Position im Parlament bringen? Das darf nicht sein! Auf keinen Fall! Also sammelt euch und rüftet ihr staatsbehaltenden Elemente. Jetzt schreibt unter der Spitzmarke „Kriegsvorbereitungen“ der „Bayer. Kurier“:

„In Berliner Regierungskreisen und vor allem auch in der Umgebung des Kaisers herrscht arge Besorgnis vor den kommenden Reichstagswahlen. Man rechnet mit 100 bis 130 sozialdemokratischen Mandaten. Diese Besorgnis hat Veranlassung gegeben, eine kräftigere Wertschätzung der sozialdemokratischen Bestrebungen in Aussicht zu nehmen, die auch den linksliberalen Kreisen treffen soll.“

Das von maßgebender Seite mal wieder zur Abwechslung ein „entscheidendes Vorgehen“ gegen die Sozialdemokratie geplant wird, unterliegt für uns nicht dem geringsten Zweifel. Etwas dem ja zuvor sind die Scharfmacher an der Arbeit, „Kreuzzeitung“ und andere reaktionäre Blätter malen das „rote Unheil“ recht lebhaft an die Wand. Es sind gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die Junker und Junkerengenossen sich schon ernsthaft mit dem Plan trugen, ein Votum auf das allgemeine Wahlrecht zum Reichstage auszuüben. Sie meinen, jetzt sei es möglich, bei den bestehenden Majoritätsverhältnissen im Reichstage dieses Wahlrecht auf gesetzlichem Wege ohne Staatsstreich zu beseitigen; nach den nächsten Wahlen würde keine Majorität mehr dafür zu haben sein.

Ein Votum auf das Reichstagswahlrecht würde ein außerordentlich gewagtes freibühnendes Spiel sein. Wir sind überzeugt, daß die erdrückende Mehrheit des Volkes sich jeder Schändung seines höchsten politischen Rechtsaktes widersetzen würde wie ein Mann. Die Zeiten sind nun doch vorüber, in dem das Volk jegliche Rechtsvergnügnung gebuldig über sich ergehen ließ.

Haben die Reaktionen aus dem preussischen Wahlrechtskampf noch nicht gelernt, daß Millionen für des Volkes Recht einsehen? In den politischen Parteien und ihrer Presse wird fortgesetzt die Frage erörtert, ob die preussische Regierung alsbald eine neue Wahlrechtsvorlage bringen wird. Der Zentrumsgedächtnis-Schmied hat in einer öffentlichen Versammlung erzählt, daß eine solche Vorlage dem Landtage bereits in nächster Session wieder zugehen solle. Sie werde aber jedenfalls nicht viel anders aussehen, als das vom Herrenhaus zusammengestopfte Moustrum, und deshalb von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses abermals abgelehnt werden. Denn es sei nicht anzunehmen, daß die Konserativen ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage ändern würden.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ fürchtet offenbar die abermalige Einbringung der Wahlrechtsvorlage. Das Bündlerorgan richtet an die Regierung die ernsthafte Mahnung, doch ja nicht „den Wahlreformgedanken auch nur wieder in die Debatte zu werfen“. Möge die Regierung ihre „Reform“-Komodie nur wiederholen; die Arbeiterklasse wird auf dem Posten sein!

Vorläufig hat sich Herr v. Bethmann-Hollweg noch mit einem starken Mißtrauen der schwarzblauen Blodbrüder zu finden. Die Herkule „Germania“ sagt ihm:

„Am letzten Ende muß auch das Ministerium Bethmann-Hollweg Farbe bekennen, mit der philosophischen Kugel kommt man nicht durch und mit Orakeln auch nicht. Die Parteien wollen sich zeitigen orientieren. Auch das Zentrum hat ein solches Recht auf Klarheit, da es gar keine Veranlassung hat, das Konto Bethmann-Hollweg einzinsen und übernehmen zu müssen. Im Reiche hat der Reichstagsler gar nichts zuzunehmen des Zentrums getan, in Preußen hat er bei der Wahlreform gegen dieses gearbeitet; seine politische Vergangenheit als Volksstaatssekretär ist für uns nicht beruhigend und unterwürdig. Wenn man alles zusammenfaßt, bleibt ein Rest gesunden Mißtrauens gut begründet.“

Warten wir ab, was für „gesunde Früchte“ dieses „gesunde Mißtrauen“ noch bringen wird. „Ordnungspolitik“, das heißt Kampf gegen die Sozialdemokratie, diese Parole ertönt immer nachdrücklicher im Lager aller reaktionären Parteien. Es wäre ein Wunder, wenn der hohe Klerus darin zurückbleiben sollte. Auch der Erzbischof von Köln, Dr. Fischer, hat sich, und zwar in Ausübung seines geistlichen Amtes, zu dieser Parole bekant. In einer Gedächtnisrede bei der Beerdigung eines Priesters in Essen sagte er:

„Eine gewisse Partei, die sich mit Unrecht als die Vertreterin der Arbeiter bezeichnet, möchte ja gerne die katholischen Arbeiter von ihren geistlichen Führern trennen, aber desto mehr schließt sich an eure Priester an. Sie sind die geborenen Führer des Volkes und vor allem des arbeitenden Volkes.“

Mit der „gewissen Partei“ ist ohne Zweifel die Sozialdemokratie gemeint. In einer Grabrede nimmt er die Priester als geborene Führer der Arbeiter in Anspruch, und zwar als politische Führer. Es ist das eine Wiederholung alter Annahmen und Ueberhebungen der Geistlichkeit. Gegen diese Annahmen haben bekanntlich längst selbst große Kreise der katholischen Arbeiter Stellung genommen. Und wenn es auch ein Erzbischof ist, der die absurde Behauptung aufstellt, die Priester seien die „geborenen Führer“ des arbeitenden Volkes, so wird diese Behauptung dadurch doch nicht vernünftiger. Die politische Führung des Volkes wird dem Volke niemals die politische Freiheit bringen.

Die „nationale Einheit in Recht und Freiheit“ hat vor hundert Jahren der große Denker und Patriot Johann Gottlieb Fichte für Deutschland gefordert. Der Liberalismus erhebt diese Forderung zu einem Hauptpunkt seines Programms. Ist die Neugestaltung Deutschlands nach dem deutsch-französischen Kriege eine wirkliche „nationale Einheit“? Nein! Zwar die Einheit unter der Fiedelhaube unter der Vorkerrschaft Preußens ist eine vollkommene. Es ist auch eine teilweise Einheit im Strafrecht, im Bürgerlichen Recht, im Vereinsrecht, geschaffen, die stark vom Geiste der Reaktion beherrscht wird, und manches Bessere, das früher in einigen Bundesstaaten bestand, beseitigt hat. Aber wie steht es um die Volkssouveränität, um die Einheit in einem freiwilligen Verfassungsverfahren? Die existiert nicht! Die Verfassungen der einzelnen Bundesstaaten weisen, besonders im Punkt des Wahlrechts, sehr starke Unterschiede auf. Ja, die beiden

Preußen und die übrigen Bundesstaaten haben überhaupt noch keine moderne Verfassung, noch keine Volksvertretung und kein Wahlrecht. Einziger kommt, daß in einigen Staaten, vornehmlich in Preußen, die Verfassung tatsächlich nur eine Scheinverfassung ist, und die in ihr gewährten Rechte und Freiheiten unter der Herrschaft der Reaktionsgewalten mehr oder weniger oder gar nicht zur Geltung kommen können.

Welcher deutsche Bundesstaat hat nun das „freieste Volk“? Diese Frage hat der Erbe der bayerischen Krone, Prinz Ludwig, in einer bei der Hundertjahrfeier der Zugehörigkeit Erlangens zu Bayern gehaltenen Rede dahin beantwortet:

„Wenn Sie in hundert Jahren gut bayerisch geworden sind, so haben wir das in allererster Linie der Verfassung zu danken, die König Max gegeben hat, und die unverbrüchlich die ganze Zeit über gehalten worden ist. Ein freieres Volk, als das bayerische, gibt es nicht, und es ist eine Freude für das Königsaus, an der Spitze eines freien und treuen Volkes zu stehen.“

Nun, auch die bayerische Freiheit läßt gewiß noch sehr zu wünschen übrig. Aber der preussische Herrscher hat sich nicht so leicht durch die Tatsachen überlegen lassen. Bayern trägt nicht die Schmach und Schande eines Dreiklassenwahlsystems; sein Wahlrecht kommt dem des Reiches nahe. Uebrigens ist dem Umstände einige Bedeutung beizumessen, daß sich ein deutscher Fürst, und noch dazu ein Kronfolger, öffentlich vor dem Volke mit Stolz auf die Volkssouveränität bekennt, deren Notwendigkeit anerkennt. Das Prinz Ludwig damit dynastische Interessen verband, können wir außer Betracht lassen. Nur auf sein Bekenntnis zur Volkssouveränität kommt es an. In diesem Bekenntnis liegt die unbedingte Anerkennung der Tatsache, daß Volkssouveränität nicht das Geschenk eines Gottesgnadensmannes sein kann, daß vielmehr das Volk sich seine Freiheit selber schafft.

Wir erinnern uns nicht, daß jemals zuvor ein deutscher Fürst die Volkssouveränität gefeiert hat. Wohl aber hat man aus „allerhöchstem“ Munde schon oft Bekundungen des Geistes persönlicher Regiments vernommen, z. B. „Der Wille des Königs ist das höchste Gesetz“, „So will ich, so befehle ich“ usw. Man kann in die Rede des Prinzen Ludwig die Bedeutung eines scharfen Protestes gegen den despotischen Zug der preussischen Politik hineinlegen, gegen eine Politik der schreiendsten Ungerechtigkeit, der Vergewaltigung der Volkssouveränität, der Verhöhnung des Volkes. In Bayern rühmt ein Chronist das freie Volk als sicherste Stütze staatlicher Ordnung; in Preußen verhöhnt ein Ministerpräsident vor Abwehr der auf ein freies gleiches Wahlrecht gerichteten Volksbestrebungen die absurde Lehre von den „gottgewollten Abhängigkeiten“ ohne Rücksicht darauf, daß es sehr viele Denker gegeben hat, die in ihrer Gottgläubigkeit wenigstens so konsequent und endlich waren, sich zu einer gottgewollten Volkssouveränität zu bekennen. Das entspricht allerdings nicht der Herrgottsrede der preussischen Reaktion. Aber auch sie wird tapfurer müssen vor der Stimme des Volkes, die ja die „Stimme Gottes“ sein soll, vor der volksgewollten Freiheit. Noch jede Herrschaft, die sich für Unrecht und volksfeindliche Gewalt auf „göttliche Autorität“ berief, ist dem Gottesurteil der Geschichte erlegen. Dieses Schicksal wird auch die preussische Reaktion treffen.

In Frankreich konzentriert sich das öffentliche Interesse immer noch auf die Bewegung der Eisenbahner. Offenbar, um die öffentliche Meinung irre zu führen, ließen die Bureaus der großen Eisenbahnen die Mitteilung verbreiten, daß sie an einen Generalstreik nicht glauben, die Angestellten seien zum großen Teil unzufrieden, selbst wenn der Streik versucht würde, könne er keinen Erfolg haben; der Verkehr würde ohne Störungen fortbauern. Das Syndikat der Eisenbahnarbeiter steht die Situation aber ganz anders an. Der Sekretär Renaudet erklärte, daß die Eisenbahnarbeiter nicht leichtfertig an einen Streik denken; sie würden aber durch die Haltung der Gesellschaften zu diesem letzten Mittel gezwungen. „Das Publikum soll es wissen“, sagte Renaudet, „daß wir alles versucht haben, um den Konflikt zu vermeiden. Wir haben am 25. April die Direktoren der Gesellschaften schriftlich gebeten, einige Vertreter zu wählen, die in Gegenwart der Minister Briand und Willard mit den Delegierten unseres Syndikats über unsere Ansprüche verhandeln können. Wir schrieben gleichzeitig an die Minister. Briand und Willard antworteten sofort zusageend. Auf die Antwort der Gesellschaften warten wir heute noch; sie wollen mit ihrem Personal verhandeln, aber nicht mit dem Syndikat. Unser Standpunkt ist ein anderer, und wir werden ihn verteidigen. Wenn die Gesellschaften den Eisenbahnstreik vermeiden wollen, müssen sie sich mit uns — den Vertretern der Arbeiter — über folgende fünf Punkte verständigen: Einrichtung des wöchentlichen Ruhetages, wie er für die Staatsbahn schon besteht, Gehaltserhöhung mit minimalem Anfangsgehalt von Fr. 1800. Arbeitsregelung, besonders Einführung einer Maximaldienstzeit von zehn Stunden für den Tag, Nützlichmachung des Gesetzes vom 21. Juli 1909 über Pension auf alle zurzeit Angestellten und Ausdehnung des gleichen Gesetzes auch auf die Angestellten der Nebenbahnen. Das ist unser letztes Wort.“

Eine Mitteilung der „Aberle“, wonach das Niederlegen der Arbeit in der Nacht vom 9. zum 10. Juli erfolgen sollte, wurde von berufener Seite als unrichtig zurückgewiesen. Tatsache jedoch scheint zu sein, daß die Organisation der Eisenbahner für den Generalstreik vollendet ist. Die Zeitung „Matin“ berichtete über ein Interview, das ein Mitglied des Verwaltungsrats mit dem Vorsitzenden des Eisenbahnersyndikats hatte. Danach führte der Vorsitzende aus, daß der Generalstreik im Prinzip angenommen worden sei, daß sich allerdings die Angestellten vor der Hand noch verpflichtet hätten, die Arbeit fortzusetzen und ihre Pflicht zu erfüllen bis zum dem Tage, an dem das Streikkomitee das Einstellen der Arbeit auf allen französischen Bahnen verfügen werde.

Demselben Blatt zufolge ist der in unserer letzten Rundschau erwähnte Vorschlag des Kriegsministers, im Falle eines Streiks der Eisenbahner die Bediensteten und Arbeiter der Eisenbahnen zur Fahne einzuberufen, bereits in die Tat umgesetzt worden. Das Rekrutierungsbureau des Eisenbahndepartements hat den Auftrag erhalten, unbürokratisch eine Mobilmachungsbefehle für die Eisenbahner vorzubereiten. Davon würden etwa 180 000 Eisenbahner betroffen.

Ohne Zweifel besteht die Absicht, die Eisenbahnen militärisch zum Eisenbahndienst zu kommandieren, um auf diese Art einen Generalstreik zu verhindern. Selbst bürgerliche Blätter können nicht umhin, dieses Mittel als ein sehr gewagtes zu bezeichnen. Uebrigens ist daraus zu ersehen, daß die Regierung besorgter ist als sie zugeibt. Der oben erwähnte Gewährsmann des „Matin“ verachtet, daß sich alle Eisenbahner weigern würden, der Aufforderung der Militärbehörde nachzukommen. Und was dann? Will dann die Regierung der Republik die ungeheure Verantwortung auf sich nehmen, einen Bürgerkrieg zu provozieren? Sie hat unseres Erachtens alle Ursache, sich vor einem solchen freibühnenden Schritt zu hüten.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat im Zuge seiner Entwicklung alle nationalen Schranken durchbrochen; der Kapitalismus ist die für das ganze wirtschaftliche, soziale und politische Leben aller Völker maßgebende internationale Macht geworden, die konsequent zur internationalen Freizügigkeit der Arbeit führen mußte. Mit Hinweis über die Grenzen der einzelnen Länder erstreckt sich die Fluktuation der Arbeitskräfte. Die höchste Form erreicht diese Fluktuation in der Massenwanderung von Proletariats von überseeischen Ländern. Jenseits des Ozeans, in der „Neuen Welt“, gibt es noch Staaten, die erst in den Anfängen der kapitalistischen Entwicklung stehen und des Zusuges tüchtiger Arbeiter bedürfen. Im dieses Bedürfnis zu befriedigen, spekuliert man vornehmlich auf deutsche Arbeiter. Schon oft hat die gesellschaftliche und politische Arbeiterpresse der Pflicht genügen müssen, Stellung zu nehmen gegen Versuche, Arbeiter unter künftigen Schilderungen und Versprechungen zur Auswanderung zu verlocken. Viele, welche die Warnungen nicht beherzigten, haben schwer dafür büßen müssen; sie gerieten ins Elend, nicht selten in einen Zustand förmlicher Sklaverei. Jetzt ist es vornehmlich Argentinien, das in Betracht kommt. Seine Regierung läßt durch gewissenlose Agenten die Ladung zur Auswanderung betreiben, die dadurch einen besonderen Nachdruck erfährt, daß immer mehr deutsches Kapital in argentinischen Unternehmungen angelegt wird. Der öfteren Warnungen vor der Auswanderung nach Argentinien ist eine neue hinzuzufügen:

In Argentinien findet eine brutale Unterdrückung der Arbeiterbewegung statt. Den Vorwand dazu hat die Regierung aus einigen Attentaten genommen, die höchst wahrscheinlich auf diesem Zweck von ihrer eigenen Polizei ins Werk gesetzt worden sind. Es war bisher zu berichten über militärische Maßnahmen, Verhaftungen und Ausweisungen en masse, Fälschungen, Zerschlagungen der Bureaus und Druckerien der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Diesem Unwesen wird die Krone aufgesetzt durch ein soeben vom argentinischen Nationalkongreß beschlossenes „Gesetz der sozialen Ordnung“, das ein Ausnahmegericht schimmlicher Sorte gegen die Arbeiterbewegung darstellt.

Nach § 1 des neuen Gesetzes, das sofort in Kraft tritt, wird allen Personen das Betreten argentinischen Bodens verboten, welche je verurteilt wurden oder sein mögen (1) für irgendwelche Vergehen, auf die nach argentinischen Gesetzen körperliche Strafen androht werden; ferner allen Personen, die Angriffe mittels irgendwelcher Gewalt auf öffentliche Beamte oder Einrichtungen propagieren. Wer solchen Personen bei der Einwanderung beihilft ist, setzt sich schweren Strafen aus; wer gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes das Land betritt, wird sofort ausgewiesen, im Wiederholungsfall dagegen mit Gefängnis von drei bis sechs Jahren bestraft.

Weiter wird jede Vereinigung oder Versammlung verboten, welche die Propagierung, Vorbereitung oder die Aufforderung zum Begehen solcher Akte, welche gesetzlich verboten sind, zum Zweck hat“. Keine öffentliche Versammlung darf mehr ohne vorherige Erlaubnis der Lokalbehörden abgehalten werden; ihre sofortige Auflösung muß aber auch erfolgen, wenn sich in ihrem Verlaufe irgend etwas ereignet, dessen Bekanntheit vorher das Verbot der Versammlung zur Folge gehabt hätte. Zuwiderhandelnde erhalten sechs Monate bis ein Jahr Gefängnis. Wer dagegen mündlich, schriftlich, in Druckerien oder in irgendeiner anderen Weise öffentlich eine Tat zu entschuldigen versucht, die vom Gesetz als ein Verbrechen betrachtet wird, soll mit Gefängnis nicht unter einem Jahre bis zu zwei Jahren bestraft werden. Doch es kommt noch schlimmer. Wer versucht, andere zum Streik oder Boykott zu veranlassen, wird mit Gefängnis von ein bis drei Jahren bestraft; die gleiche Strafe soll denjenigen treffen, der auf irgend eine Art und Weise öffentlich die Ignorierung der Landesverfassung propagiert oder die Landesflagge oder das Landeswappen beschimpft. Um aber auch in allen Teilen den barbarischen Charakter des Gesetzes zu zeigen, ist weiter bestimmt, daß in allen diesen Fällen das Verbot, das sich nur auf Polizeiberichte zu stützen hat, ein summarisches und stets innerhalb zehn Tagen erledigt sein soll.

Dieser schandbaren „Ordnungspolitik“ gegenüber, die keinen andern Zweck hat, als die Arbeiterorganisation zu vernichten, eine Arbeiterbewegung unmöglich zu machen, die Arbeiter schuldlos und rechtlos der Willkür der Kapitalisten zu unterwerfen, muß die den strengsten Boykott über Argentinien verhängen; sie muß verhindern, daß Arbeiter nach dort auswandern. Das ist das beste Mittel, die infame Gewalttätigkeit jener „Republik“ niederzuzwingen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Deutschland:

Maurer:

Bobra-Rotenburg (Streik).
Buxtehude (Sperrung über Spark und Plüschke).
Ochsenzoll (Sperrung über H. Wagners Bauten in Fuhlsbüttel).

Stassfurt (Sperrung über H. Schmidt in Förderstedt).

Isolierer und Steinholzleger:

Aachen (Sperrung über Schletter & Baumann).

Fliesenleger:

Malland (Sperrung über alle von der Firma Villeroy & Boch in Italien auszuführenden Arbeiten).

Oesterreich:

Friedland, Grussbach, Hohenelbe, Jaroslau, Przemysl, Taus.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Braunschweig, Cuxhaven, Emden, Oldenburg und Vegesack haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt. In Braunschweig sind noch zirka 150 Kollegen, in Lübeck noch 50 Kollegen arbeitslos.

Arbeitslosigkeit: Für 10 bis 15 Maurer in Eingen a. d. Embs, 47 Stundenlohn; Meldung beim Kassierer Heinrich Ottemann. Mehrere Maurer verlangt Maurermeister Gerdtje in Schroda b. Bozen. Reichliche Arbeitslosigkeit ist im Zweigverein des Gebietes a. d. Ruhr; reisende Verbandskollegen melden sich im Verbandsbureau, Grabenstr. 67. Vom Zweigverein Görtitz wird Zugang von Verbandskollegen gemeldet.

Gau Hamburg.

Am 6. Juli wurde in Stelle über den Abschluss eines Tarifvertrages für die Ortschaften Oshausen, Scharnbeck usw. verhandelt. Es wurde von den Unternehmern bewilligt, den jetzigen Stundenlohn von 40 $\frac{1}{2}$ um 2 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen. Am 1. Januar 1911 steigt der Lohn auf 45 $\frac{1}{2}$ und am 1. Juni 1911 bis auf weiteres auf 48 $\frac{1}{2}$.

Gau Magdeburg.

Aus Förderstedt, dem Zweigverein Stassfurt zugehörig, schreibt man uns: Infolge der Veränderung der Lebensmittelpreise fühlen die hiesigen Kollegen das Bedürfnis, auch ihre Arbeitskraft etwas besser bezahlt zu erhalten. Der Stundenlohn beträgt hier seit zehn Jahren 40 $\frac{1}{2}$. Wenn auch einzelne Kollegen den Mut hatten, den hier in Betracht kommenden Maurer- und Zimmermeister F. Schmidt um eine Lohnaufbesserung anzusprechen, so kam es doch, infolge persönlicher Uneinigkeit der Kollegen, nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen. Diese Uneinigkeit ist jetzt behoben, da die Kollegen gesehen haben, daß sie sich auf die Versprechungen dieses Unternehmers nicht verlassen können. Meister Schmidt gehört dem Arbeitgeberbund nicht an und hatte auch mit der allgemeinen Aussperrung nichts zu tun. Erhöhter Löhne er aber sämtlichen organisierten Maurern mit der Begründung, ihm sei seitens des Arbeitgeberbundes die Materialsperrung angedroht worden. Gleichzeitig versprach er seinen Leuten eine Lohnzulage, wenn er mit der Aussperrung nichts zu tun hätte. Später machte er die Kündigung rückgängig, weil er von seinen Auftraggebern gedrängt wurde und sich auch überzeugt hatte, daß die Materialsperrung überhaupt keine Wirkung hätte. Aber eine Lohnzulage zahlte er, trotz wiederholter Erinnerung, nicht. Nun faheten die organisierten Maurer den Beschluß, mit ihm zu verhandeln und einen schriftlichen Vertrag abzuschließen. Bei dieser Verhandlung sagte er auch eine Lohnerhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ für dieses Jahr und 2 $\frac{1}{2}$ für nächstes Jahr zu. Einen schriftlichen Vertrag lehnte er aber mit Gründen ab, die nur als eine Versuchung anzusehen waren. Darauf stellten die noch in Betracht kommenden Kollegen, soweit sie es nicht schon vorgegeben hatten, sich anderweitig Arbeit zu suchen, die Arbeit an. Zugang von Maurern ist, bis zur Erledigung der Differenzen streng ferngehalten.

Gau Nürnberg.

Die Unternehmer in unserm Bezirk haben sich ganz genau nach den Anordnungen ihres Bundesvorstandes gerichtet. In keinem Ort sind sie früher mit uns in Unterhandlung getreten, bis ihre Generalversammlung zu Ende war, so daß die Unterhandlungen erst am 4. Juli beginnen konnten. Willige Einigung konnte bis zum 10. Juli erzielt werden für die Lohnbezirke Nürnberg, Ausbach, Heilsbrunn, Erlangen, Forchheim (Dorf), Sersbunder-Lauf b. Nürnberg, Bad Kissingen, Kissingen, Behringersdorf, Eibach-Stein bei Nürnberg, Kaufholz, Nadelburg-Langensiem, Zirsdorf, Roth a. S., Schwabach, Schweinfurt, Schweinfurt und Weichenburg i. B.; kleinere Differenzen bestehen noch in Nürnberg-Fürth bezüglich des Vorstehenden der Schlichtungskommission und des Schiedsgerichts, sowie in Bayreuth bezüglich der Löhne der Steinbauer, was aber beides wohl ohne eine weitere Instanz geregelt werden dürfte. In Bamberg weigern sich die Unternehmer, den Zimmerern den gleichen Lohn wie den Maurern zu zahlen, so daß es diesbezüglich noch zu keiner Einigung kam. Größere Differenzen bestehen noch in Regensburg und Würzburg. In Regensburg wurden bisher für neuembaufähige Arbeitszeit zehn Stunden bezahlt, wobei sich jetzt bei der Umrechnung eine Lohnerhöhung von 3,22 $\frac{1}{2}$ pro Stunde ergibt, was von keiner Seite bestritten wird. Die Differenz besteht nun darin, daß die Unternehmer nach unten, wir dagegen nach oben abrunden wollen. Würde es nach dem Willen der Unternehmer gehen,

so würden unsere Kollegen nicht eine wöchentliche Zulage von 57 $\frac{1}{2}$ erhalten, sondern im Durchschnitt nur eine solche von 44 $\frac{1}{2}$. In Würzburg verlangen die Unternehmer, daß alle Arbeiter unter den Lohn der Bauhilfsarbeiter fallen. Wir lehnten das ab, weshalb auch dieser Fall nur eine weitere Instanz kommen wird. Für die Lohnbezirke Hof a. d. E., Eibach, Schüttnau, Reham, Schwarzenbach und Dörfelshausen bestehen noch Differenzen verschiedener Art, wovon am 11. und eventuell 12. Juli verhandelt wird. In den Orten Braunau-Greif, Eichstätt, Gelmbrichts, Altdorf, Baiersdorf, Kösthal und Neuhausen v. d. E. haben die Unternehmer zwar mit ausgespart, weigern sich aber, da in diesen Orten die Baukonjunktur sehr schlecht ist, Verträge mit uns abzuschließen. Der Vorsteher des Bezirksverbandes erklärt, daß er die Herren nicht zwingen könne, mit uns ein Vertragsverhältnis einzugehen, aber man wolle uns diese Orte freigeben. Wir möchten nur die Unternehmer hören, wenn wir den Schiedspruch auch so auslegen und an Orten mit guter Baukonjunktur die Arbeit nicht aufnehmen würden. Im Lohngebiet Weidenstein, wo die Unternehmer nicht organisiert sind und auch nicht ausgespart hatten, sind unsere Kollegen durch die Aussperrung etwas ausgetrieben worden und haben den Unternehmern eine Lohnforderung zugehen lassen. Sie verlangen 45 $\frac{1}{2}$ pro Stunde, die Bauhilfsarbeiter 35 $\frac{1}{2}$, sowie Zulage für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Ueberlandarbeit. Zeitweise besteht in den vier größeren Orten, die für dieses Gebiet in Betracht kommen, auch noch die efristige Arbeitszeit, möglichen allgemeinen der Zehn-Stunden-tag eingeführt werden soll.

Befanntmachung des Vorstandes.

Protokolle. In den letzten Wochen sind die Protokolle über die Verhandlungen der Zeitiger Verbandstage verhandelt worden, sowohl die protokollierten Exemplare zum Verkauf an die Mitglieder als auch die eingebundenen für die Bibliotheken der Zweigvereine. Sollte der Vorstand eines Zweigvereins nicht in den Besitz der Protokolle gekommen sein, möge er dies sofort dem Verbandsvorstand melden. Das Protokoll von unserm Verbandstage kostet 10 $\frac{1}{2}$, daß von dem konstituierenden Verbandstage des Deutschen Bauarbeiterverbandes 20 $\frac{1}{2}$. Das ist der Selbstkostenpreis, für den die Bücher auch an die Mitglieder abgegeben sind.

Schlussmarken. Zur Quittierung der Aussperrungsbeiträge in dem Mitgliedsbuch hat der Vorstand eine besondere Marke anfertigen lassen, die nunmehr zur Verwendung an die Zweigvereine bereit liegt. Diese Marke darf nur von den Mitgliedern in das Buch gesteckt werden, die ihre Verpflichtungen vollst. nachgekommen sind, das heißt, die entweder die vorgeschriebenen Beiträge geleistet haben oder durch Kontrollmeldung nachweisen, daß sie ausgespart waren. In übrigen besteht kein Unterschied zwischen Vereinen, die an der Aussperrung beteiligt waren oder nicht; also auch die Vereine und Mitglieder, die nicht direkt ausgespart waren, erhalten die Schlussmarke, wenn die Bedingungen erfüllt sind. Zu beachten ist, daß diese Marke nicht in die während der Aussperrung benutzte Kontrollkarte, sondern in das Mitgliedsbuch gesteckt werden soll. Lose Marken dürfen an die Mitglieder nicht verabsolgt werden, damit kein Mißbrauch damit getrieben werden kann. Der Kassierer muß die Marke selbst einleihen und abstempern, so daß eine anderweitige Verwendung unmöglich ist.

Die Marken werden nur auf Bestellung gesandt; die Zweigvereine werden daher ersucht, umgehend die benötigte Anzahl anzugeben.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer F. Köster, Hamburg 1, Rebenbinderhof 56, zu adressieren. Die jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 8. bis 9. Juli 1910 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**
- Arnburg M. 91,95, Berlin 7426,67, Bood 193,40, Borchst 44,61, Bledtze 33,74, Bitterfeld 1027,81, Bräunow 24, Barby 770,90, Burg a. Feldmann 89,75, Brecht 45,60, Brunschwarten 226,67, Bromberg 1889,25, Buzen 994,79, Bernau 868,81, Warmitz 413,87, Cöbzig 200, Calbe an der Milde 10, Grimmitz 694,84, Coschitz 55,18, Pöbeln 1165,16, Demmin 423,28, Drielen 314,49, Dömitz 302,73, Döberan 355,45, Dießen 355,46, Dargun 184,78, Döben 109,56, Dönsburg-1787,98, Döberan 855,45, Eibitz 800, Eichenau 80, Erfurt 641,79, Erbsborn 318,72, Eichenberg 746,51, Friedricroda 85, Falkenstein 635,35, Glaucha 1376,64, Gelsenkitten 1600, Grünberg i. S. 325,86, Gollstedt 156,56, Großfahndorf 45,43, Gummersbach 19,81, Glogau 399,53, Gilitow 356,37, Garmitz 100, Greene 66,09, Grafenbänschen 290, Görtitz 500, Golz 416,35, Gommern-219,50, Gengenbach 19,17, Harfeld 60,12, Haberleben 291,50, Heidenheim 265,88, Holzminde 99,70, Herford 790,98, Heuberg 93,28, Heilsbrunn 1254,98, Hain-Weiden 323,41, Jüterburg 600, Joachimsthal 1,08, Jüterburg 71,82, Jüchze 329,74, Königberg i. P. 100, Kitzbühel 100, Kröbitz 163,83, Krafohn 153,98, Kronach 59,76, Rebra 102,10, Ratowitz 1600, Rumbach 159,98, Reznitz 468,56, Rieneburg 281,62, Rüdow 276,97, Röhne 228,60, Ronge 140,90, Loburg 290,50, Rauscha 232,40, Rengsdorf 180, Röhrich 8,07, Randsburg a. d. B. 800, Rönneburg i. S. 461,91, Rer 221,55, Waldhain 276,28, Wilmshausen 299,50, Warggrafitzke 140, Wülfinggrund 436,20, Weichselitz 215,73, Wittweiba 775,77, Müllner 163,99, Norden 10,08, Neundorfer 370,45, Nowawes 2090,18, Neugersdorf 507,67, Ochsenwälder 218,64, Oels 31,61, Oranienburg 172,10, Potsdam 800, Preßitz 83,47, Pöritz 180,68, Priebus

- 148,38, Pirna 694,38, Perleberg 477,10, Radeburg 415,84, Rade-Wein 294,36, Sadow 217,08, Schönbach 61,74, Senftenberg 500, Stahlfeld 200,46, Soltan 427,97, Stahlfeld 200, Sonnenburg 293,12, Sühneberg 282,48, Schwerin a. d. B. 289,80, Schmiedeburg 478,99, Senzburg 236,90, Schwedt a. d. B. 142,80, Schönlank 41,27, Schwedt a. d. B. 290,20, Seidow 126,04, Seehausen (Altmarkt) 87,12, Treuen 402,18, Zeuthen 240,78, Tangernitz 376,76, Tarnobitz 370,05, Trier 207,51, Trarane 226,77, Uckermark 178,28, Wölkershagen 31,72, Waldenburg i. Sa. 453,98, Waldsputz 181,79, Wittlingen 181,81, Wasserburg 626,28, Wriezen 182,27, Weichenfels 400, Wurzen 349,05, Wilhelmshagen 2352,47, Wittmund 253,80, Wartin 58,90, Wretzen 225,71, Walsrode 217,59, Zschau 198,23, Zwenkau 500,50. Von hiesigen Stadter Kreisunterstützung zurückgehandelt: Augsburg M. 10, Doberan 21,88.

b) Für Futterale.
Bromberg M. 5, Brunschwarten 1, Golz 5, Hain-Weiden 2, Herford 1, Jüchze 5, Kröbitz 1, Rieneburg 2, Röhre 2, Röhrich 5, Wittweiba 4, Wasserburg 2, Wurzen 2,50, Wilhelmshagen 5, Wretzen 1.

c) Für Protokolle.
Barmitz M. 5.

d) „Grundstein“-Einband und Decken.
Kronach M. 2,20.

e) Für Anzeigen im „Grundstein“.
Barby M. —,75, Buzen —,45, Bromberg —,90, Demmin —,30, Glogau —,45.

Marken-Versand. Vom 1. bis 9. Juli sind Marken verabsandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslosenmarken, K = Kolportagemarken, L = Lotteriemarken):

- Mue 1000 B à 55 $\frac{1}{2}$, 100 B à 60, 200 A à 25, April 1000 B à 55, Alt-Damm 300 B à 60, Wrensdorf 800 B à 60, Arnburg 50 B à 55, Angermünde 5 E à 150, Alten 800 B à 50.
- Belgern 400 B à 50 $\frac{1}{2}$, Blankenburg i. Thüringen 200 B à 55, Bornhöved 200 B à 45, Belgitz 1400 B à 45, 100 A à 25, Bielebe 5 E à 50, Büblich 1600 B à 50, Burg b. Magdeb. 1000 K à 10, Bergeborf 1500 B à 80, Bodwitz 80 E à 50, Brandenburg 25 E à 50, 8000 B à 60, Wände 1000 B à 50, 400 B à 40, Bahn 500 B à 50, Bremen 19800 B à 90, 1000 A à 25, Bernau 2000 B à 70, 400 B à 75, 100 B à 60, Burgdorf 600 B à 50, Burg i. Sp. 200 B à 55.
- Cöln 1000 E à 50 $\frac{1}{2}$, 50 E à 150, Crafen 1000 B à 45, Cöbzig 800 B à 60, 1 E à 800, CEF 1400 B à 55, Calesfeld 800 B à 40, Chemnitz 100 E à 50, 400 B à 55, 400 B à 45, 1000 L à 10, Cuxhaven 2000 B à 70, 25 E à 25.
- Danzig 100 B à 30 $\frac{1}{2}$, Dargun 500 B à 50, 100 A à 25, Dönsburg 12000 B à 75, Delmenhorst 3000 B à 80, 2000 B à 70, 200 B à 40, Dießen 100 A à 25, Demmin 2000 B à 50, 500 L à 10, 200 A à 25, Droyßig 400 B à 55, 400 B à 50.
- Erlangen 1000 B à 65 $\frac{1}{2}$, 50 B à 30, Erfurt 500 E à 50, Egel 800 B à 50, 50 A à 25.
- Felberg 15 E à 50 $\frac{1}{2}$, 50 B à 55, Freiberg i. Sa. 400 K à 25, Freiberg i. Br. 2000 B à 70, Fißha 400 B à 55, Freyhan 4000 B à 50, Faltersleben 6 E à 800, Finsterwalde 5 E à 150, Frankenshausen 200 A à 25.
- Gleichen 600 B à 55 $\frac{1}{2}$, Gophershausen 600 B à 50, 200 A à 25, Gronau 10 E à 50, 2000 B à 55, Garg a. d. B. 400 B à 50, Greiz 20 E à 50, Grimberg i. S. 2000 B à 55, 50 B à 40, 10 E à 50, 5 E à 150, Gollnow 400 B à 50, 200 A à 25, Groß-Bühde 200 B à 60, 100 A à 25, Grafenbänschen 200 B à 50, 100 A à 25, 5 E à 150, Grimmen 200 B à 40, Großgörsch 400 B à 45.
- Galle 10000 B à 70 $\frac{1}{2}$, 1000 B à 65, 1000 B à 55, 1000 A à 25, Geirichswalde 300 B à 50, Gerford 2000 B à 65, 800 B à 50, 200 B à 45, 20 E à 50, Gamm. Münden 200 A à 25, 1000 B à 65, Gammelsdorf 400 B à 50, 100 A à 25, Gildesheim 3000 B à 70, 800 B à 65, 800 B à 50, 400 E à 45, Gophershausen 2000 B à 55, 400 L à 10, Gabelberg 500 B à 50.
- Jena 20 E à 50 $\frac{1}{2}$, 20 E à 150, Jüchze 5 E à 150, Jüterburg 50 B à 50, 150 B à 45, Jüterburg 2000 B à 60, 50 E à 800.
- Kaufbeuren 800 B à 55 $\frac{1}{2}$, 600 B à 45, 20 E à 50, Kitz 100 B à 50, Kitz 100 B à 60, Kradow 400 B à 50, 1 E à 800, 5 E à 50, Kronach 200 B à 60, Kumbach 800 B à 45, Krafka 1200 B à 55, 20 E à 50, Klosterlausitz 200 B à 45, Krafka 2000 B à 50, 1600 A à 25, 10000 B à 70, Königberg i. Pr. 100 E à 150, 100 E à 50, 2000 B à 50, 2000 B à 60.
- Köthen 10 E à 150 $\frac{1}{2}$, Kückow 100 B à 55, Kaitowitz 800 B à 50, Kückow 400 B à 55, 200 K à 10, Lieve 200 B à 65, 5 E à 50, 50 A à 25, Limbach 50 E à 94, Loburg 50 A à 25, Langensalza 600 B à 60.
- Möln 600 B à 60 $\frac{1}{2}$, Mühlhausen i. S. 2000 B à 75, 200 E à 50, 20 E à 150, Mühlh. 10 E à 150, Miel 600 B à 60, 200 A à 25, Metersberg 200 B à 50, 100 B à 45, 100 A à 25, 1 E à 150, Welle 200 B à 40.
- Neudorf 400 B à 50 $\frac{1}{2}$, Neubrandenburg 20 E à 50, Noffen 8000 B à 55, Neuhäusl 10 E à 50, Neosittenerhütte 100 B à 40, 1000 B à 50.
- Nöthen 500 B à 90 $\frac{1}{2}$, Oranienburg 600 B à 65, 200 A à 25, 10 E à 50, Orlau 600 B à 50.
- Pöritz 10 E à 50 $\frac{1}{2}$, 5 E à 150, Regau 1200 B à 50, 600 B à 40, Rafenau 5 E à 200, Pirna 1600 B à 65, 100 L à 25, Perleberg 600 B à 50.
- Radeburg 500 B à 60 $\frac{1}{2}$, Rähnitz 5 E à 50, Remmersdorf 20 E à 50, Rätzsch 10 E à 50, Ratzsch 200 B à 55, Röhre 200 B à 60, 50 B à 45.
- Siegen 200 E à 50 $\frac{1}{2}$, Strausberg 500 B à 65, Solbitz 200 B à 45, Schweinfurt 800 B à 65, 400 B à 50, Eichenhagen 2 E à 300, Saalfeld 1200 B à 60, Solzungen 600 B à 55, Sonneberg 2000 B à 55, Sonnenburg 10 E à 60, Schweigingen 20 E à 50, 200 B à 60, 400 B à 65, Eibitz 1000 B à 45, Soltan 200 B à 50, 200 B à 60, Soltzbadlum 200 B à 60, 200 B à 55, Sömitz 10 E à 150, Schwerin a. d. Warthe 400 B à 45, 18 B à 75, Seiffen 5000 B à 65, 400 A à 25.
- Treuenbriegen 10 E à 50 $\frac{1}{2}$, Trebitz 10 E à 50, Hedermünde 1000 B à 50 $\frac{1}{2}$, Regesack 3000 B à 75 $\frac{1}{2}$.

Westerhausen 100 B & 65 A, Wefenberg 400 B & 50 A, Wolfenbüttel 1000 B & 65, Wölgrowitz 5 B & 50, 5 E & 150, 2 B & 300, Weiburg 200 B & 50, Walfersburg 100 A & 25, Wef 200 B & 65, 50 L & 10, Welfendorf 200 A & 25 A, Zempelburg 200 B & 25, Zoffen 1200 B & 55, 400 L & 10, 200 A & 25, 10 E & 50, 5 E & 150.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Neue Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

G a m b u r g. Ein seltenes Jubiläum kann in diesen Tagen unser Kollege **Julius Petermann** feiern: Seit 25 Jahren ist er ununterbrochen als Verreiber unserer Literatur, insbesondere unserer Fachblätter: „Der Bauhandwerker“, „Der neue Bauhandwerker“ und „Der Grundstein“, tätig. Als im Hamburger Zweigverein die Hausflüsterung eingeführt werden sollte, war Petermann einer der ersten, die die große Bedeutung dieser Einrichtung erkannten und sie zugleich praktisch erprobten. Heute noch ist er für die Organisation als Hausflüsterer und „Grundstein“-verbreiter ein Muster treuer Pflichterfüllung und ein braves Vorbild für unsere jüngeren Kollegen. In der letzten Generalversammlung hob der Vorsitzende den Vorsitzenden des Jubilars lobend hervor, und die Kollegen des Bezirks Hannover-Börsfelde, in dem Petermann seine Tätigkeit entfaltet, ließen ihm eine Adresse überreichen, in der sie ihm für seine rastlose Arbeit danken. — Mögen sich unsere jüngeren Kollegen im ganzen Reich an Julius Petermann ein Beispiel nehmen!

In **W i n d e l h e i m** sprach am 29. Juni Kollege **Stadler**, Mitglied in öffentlicher Maurerverammlung. Das Resultat war die Gründung eines Zweigvereins, den sich sofort 24 Kollegen angeschlossen. Es wird nun die Aufgabe dieser Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß sich auch alle andern der Organisation noch fernstehenden Kollegen dieser anschließen, damit auch in Windelheim die Lohnverhältnisse gebessert werden können.

Warnung!

Der bisherige Kassierer des Zweigvereins **G u h r a u** (Schlesien), **Arthur Jädel**, geboren 31. Juli 1881 zu Buzlau, Buchnummer 60 024, ist unter Mithilfe von M. 98 Verbandsgebern, die er durch Fälschung der Bücher unterschlagen hat, und unter Durchgriffung seiner Familie spurlos verschwunden. Vorstehende und Kassierer der Zweigvereine, die seinen jetzigen Aufenthalt kennen, werden gebeten, dem Gauvorstand **Heinrich Köster**, Breslau, Lausitzerstr. 108, Mitteilung davon zu machen.

So etwas sagt ein preussischer Minister nicht!

In der italienischen Kammer besprach man kürzlich die Auswandererfrage und die Genossen **Cabrini** und **Quaglino** (Sekretär des Bauarbeiterverbandes) verlangten von der Regierung energische Maßnahmen, um zu verhindern, daß italienische Arbeiter nach Deutschland auswanderten, um Streikbrecherdienste zu leisten. Ihnen antwortete der Minister des Äußeren **Di San Giuliano**. Er führte unter anderem folgendes mündlich aus:

„Ich weiß nicht mehr, welcher Medner sich darüber geirrt hat, daß sich eine gewisse Zahl unserer Arbeiter den ausländischen Unternehmern zur Verfügung stellt, um die Löhne zu drücken und um die Arbeitszeit zu verlängern; dies sollte sogar eine lobenswerte Handlung sein.“

Andere mögen sich darüber freuen, ich aber nicht. Ich bin darüber auf das tiefste betrübt; denn da dieser sogenannte Streikbruch unsere Arbeiter in der Meinung der ausländischen Arbeiter herabsetzt, ich ädige er dadurch den guten italienischen Ruf im allgemeinen und zieht auf uns die Antipathie und den Haß der Ausländer...“

Man denke sich einen preussischen Minister, der so etwas sagte — aber das ist ja gar nicht denkbar. Wenn man die Wohlheit der landläufigen Phrase, Deutschland marschiere an der Spitze der Sozialpolitik, so recht erkennen will, dann braucht man sich nur diesen Unterschied vorzustellen.

Holzerer und Steinholzleger.

Laut Beschluß der Geschäftsleitung findet die 9. Konferenz der Holzerer und Steinholzleger Deutschlands am 7. und 8. August d. J. in **D o r t m u n d**, im Lokale **Ramfisch**, Am **Berg Nr. 27**, statt. Sie wird Sonntag, den 7. August, vormittags 10 Uhr, eröffnet. Die praxisorientierte Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: 1. Bericht der Geschäftsleitung. 2. Diskussion. 3. Die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Zentralverband der Maurer. 4. Anträge. 5. Wahl der Geschäftsleitung. **Die Geschäftsleitung. J. A. Hermann Lange.**

Leipzig. (Steinholzleger.) Jeder Leger hat fünf Marken à M. 1, jeder Hilfsleger fünf Marken à 75 A als Extramarken für die ausgeperrten Bauarbeiter im Buche zu haben. Auch hat ein jeder eine Markenliste à 20 A zu haben. Ferner machen wir darauf aufmerksam, daß jeden letzten Sonntag im Monat Versammlung im Volkshaus ist. — Anträge zur Konferenz müssen bis zur nächsten Versammlung (am 30. Juli) in Händen des Vorstandes sein. Adresse: **Otto Michael, Leipzig-Kleinwachter, Klagenstr. 81, 2. St.**

Internationale Maurerbewegung.

Bosnien.

In **Serajewo**, der bosnischen Hauptstadt, haben 800 Kollegen, Maurer und Bauhilfsarbeiter, die Arbeit beidergelegt.

Zentralfrankenkasse.

(„Grundstein zur Einigkeit“.)

In der Woche vom 3. bis 9. Juli sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Gutsow 300, Dönsbrück 300, Poissdam 200, Mühlberg i. Br. 200, Wandsb. 200, Mittelwalde 200, Magdeburg 200, Sauter 171,61, Dünsburg 150, Stammheim 150, Uckermark 150, Langensfeld 120, Stralburg i. d. Uferm. 100, Strausberg 100, Schweisewitz 100, Wittenberge 100, Wiesbaden 80, Summa M. 3271,61.

Zuschüsse erhielten: Waldmühlbach M. 105, Felsenberg 100, Wefenstein 100, Prigrice 20, Hilbers 15,85. Summa M. 340,85.

Altona, 9. Juli 1910.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Untertagt nie, von Unfällen, Bauentwürfen, überhaut von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauteilen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Am 2. Juli stürzte auf dem Neubau der Freimaurerloge zu **Großlichterfelde** die Saaldecke von 200 qm Größe plötzlich zusammen, wobei vier Mann mit in die Höhe flüchteten. Einer davon wurde schwer, die andern leicht verletzt. Der Grund ist nach Angabe von Augenzeugen die schlechte Verankerung der Steifen gewesen. Die Ausführung der Decken hatte die Firma **Wespphal & Faber** übernommen.

Mex. Am 5. Juli waren die beiden Brüder **Romer** damit beschäftigt, von einem Hängegerüst aus die Fassade eines Hauses an der Mauerstraße zu verputzen. Das Gerüst war am Tage vorher von der **Walterfirma** Kraft angebracht worden. Die beiden Maurer verlangten das 8 m lange Hängegerüst auf einem Ende um etwa 3 m und zwar durch Aufhängen einer Leiter. Dadurch mußte wohl die Belastung auf der einen Seite zu schwer geworden sein. Der auf dem Dach aufgestellte Holzblock brach, das Gerüst senkte sich plötzlich auf der belastenden Seite um 1 m und der ältere Romer fiel aus einer Höhe von 8 m mit dem Kopf auf die Straße, wo er nach fünf Minuten starb. Sein Bruder, der auf der andern Seite des Gerüsts arbeitete, konnte sich festhalten, so daß er mit dem Schrecken davonkam. Der Verunglückte war in den fünfziger Jahren. Er hinterließ eine Witwe und einen Sohn von 14 Jahren. Dieser Unfall ist wieder ein Beweis dafür, daß man bei Hängegerüsten doppelt vorsichtig sein soll. Für Fußarbeiten, bei denen man mit einer starken Belastung zu rechnen hat, sollten sie überhaupt verboten werden.

Mühlhausen i. Th. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 4. Juli beim Abbruch einer Mauer in einer Fabrik im benachbarten **Dachstein**. Vier Maurer hatten eine Giebelwand unterminiert, um sie schneller zum Stürzen zu bringen. Beim Herausnehmen der Balken stürzte die Wand zu schnell und begrub einen Maurer. Einem andern wurde das Bein entzwei genossen, während zwei weitere unterlegt davonkamen.

Seiffenberg. Bei einem Abbruch in benachbarten **Orte** drohtlich stürzte ein Stück Mauerwerk herunter und verletzte den Kollegen **F. Rudau** aus **Bargz** an beiden Hüften so erheblich, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

ATK. Dörfelbacher Mürtel. Nach einer Mitteilung von **Morgan Waller** Sage an die Vereinigung der amerikanischen Portland-Fabrikanten hat sich der amerikanische Ingenieur **Möher** mit der Frage der Vermeidung von Mineralien zu demementieren befaßt. Er hat bei seinen Versuchen einen Mürtel erzielt, der keine Feuchtigkeit aufnimmt, keine Spalten bildet, und dessen Zugfestigkeit der des gewöhnlichen Mürtels mindestens gleichwertig ist. Besonders empfehlenswert erscheint dieser **Delmörtel** daher überall da, wo es sich um Fundamente in feuchtem Erdreich, um **Reiserbrücken** und dergleichen mehr handelt. Man präpariert diesen Mürtel, indem man nach dem Anrühren 5 bis 15 pzt. Mineralöl beifügt und dieses gut mit dem Mürtel verührt.

Gewerkschaftliches.

Zur Frage der Fachbelehrung.

In der Nr. 26 des „Grundstein“ beschäftigt sich die Redaktion mit meinen beiden Aufsätzen in der „N. Z.“ und dem darin vertretenen Standpunkt. Da meines Dafürhaltens die große Masse der „Grundstein“-Leser die Artikel in der „N. Z.“ doch nicht gelesen hat, und andererseits nur weniger Lesern der „N. Z.“ der „Grundstein“ vor Augen kommt, hat eine solche **Kollekt** wenig Zweck. Man sollte schon der „irrigem Auffassung“ in der gleichen Arena gegenüber treten. Da nun aber einmal unsere Kollegen damit bekannt gemacht worden sind, ist es wohl angebracht, daß sie auch meine Anschauung serviert bekommen.

Ich habe mich dagegen gewandt, daß in unserer Zeit, in der das Massenbewußtsein des organisierten Proletariats immer mehr erwacht, einzelne Gewerkschaftsblätter darauf hinarbeiten, ihren sachdienlichen Teil zu erweitern. Ich habe auf die Verbände der Holzarbeiter und Maschinisten und Geiger hingewiesen, die ja eine eigene Zeitschrift für diesen Zweck gegründet haben. Ferner wies ich darauf hin, daß die Steinleger, Pfisterer usw. auf ihrem diesjährigen Verbandstag die Gründung einer fachtechnischen Zeitschrift gutgeheßen, während ein Antrag, das Zentralorgan, das vorerst noch alle vierzehn Tage erscheint, achtzigmalig erscheinen zu lassen, abgelehnt wurde. Auch bezeugte ich noch einige andere Blätter, die vierzehntägig oder monatlich eine besondere fachtechnische

Beilage bringen, wie zum Beispiel die Organe der Gärtner, Sattler und Graveure. Im **Wißberstänbön** die zu vermeiden, möchte ich betonen, daß den Lesern des „Grundstein“ aus ihrem Blatte diese Fachzeitschriften nicht bekannt ist, da ja hier nur selten ein kleines Fernleitungs über Fachangelegenheiten veröffentlicht wird. Ich habe mich also nur gegen die regelmäßige Schulung der Mitglieder im Fachwissen und -Fähnen durch die Verbände gewandt, nicht etwa gegen Kulturhistorische oder einseitige volkswirtschaftliche Aufsätze, die sich auf diesem Gebiete bewegen. Nun frage ich jeden obeliebten Leser: Ist es zu billigen, wenn eine freigeberische Arbeiterorganisation, die aus finanziellen

Gründen ihr Verbandsorgan nur vierzehntägig erscheinen läßt, den Beschluß faßt, für ihre Mitglieder eine besondere Fachbeilage zu schaffen? Ist es gutzuheißen, wenn eine andere Organisation, deren Organ ebenfalls vierzehntägig erscheint, jeder zweiten Nummer das sechszehntägige Blatt auf Verbandskosten beilagt, so daß — das behaupte ich — für die Fachschulung mehr Geld ausgegeben wird als für das eigentliche Gewerkschaftsblatt? Denn die Fachartikel kosten, da sie von ersten Autoren geschrieben werden, viel Geld, während eine ganze Reihe Gewerkschaftsblätter ihren Stoff auf eine sehr billige Art und Weise dadurch erhalten, indem sie einfach fleißig aus der sozialdemokratischen Tagespresse ausschneiden. Natürlich gehört, wie ihr alle wissen, der „Grundstein“ nicht zu jenen Organen. Aber es gibt nicht viele Gewerkschaftsblätter, die in puncto Aktualität und Originalität — ich will meinen **Wißberstänbön** durchaus nicht schmeicheln — so auf der Höhe stehen wie der „Grundstein“.

Und wenn andern Verbänden bzw. deren Redaktionen dieses vorgehalten wird, pflegen sie gewöhnlich die schönen Ausreden zu gebrauchen, daß es an den finanziellen Mitteln dazu mangelt. Abgesehen davon, daß es die Mittel allein nicht machen, erwidere ich eben darauf: Man soll erst das eigentliche Verbandsorgan auf eine musterartige Höhe bringen, ehe man Gelder für den Individualismus ausgibt. Und ich behaupte, es ist im allgemeinen weiter nichts als eine solche Konzeption an unfindere Kantontisten. Sieht man von dem Holzarbeiterverband ab — der Metallarbeiterverband kommt mit seinem Organ kaum oder gar nicht in Betracht —, so sind es eben nur solche Organisationsfremden Berufsgeossen zu rechnen haben. Oder will jemand in **Wrede** stellen, daß die Gärtner sich zum Beispiel einbilden, überhaupt keine Arbeiter zu sein? Oder daß es unter den Graveuren, Sechern, Lithographen usw. eine große Anzahl gibt, die ihr Standesbewußtsein stark herabsetzen?

Nun glaubt mich auch die Redaktion des „Grundstein“ darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die Verbreitung von Fachwissen eine **Kulturakt** ist. In meinem Artikel (Nr. 32 der „N. Z.“) heißt es aber: „... es ist ohne Zweifel ein Verdienst um die heranwachsenden Berufsgeossen und um die Gesamtkultur, wenn die Organisationen versuchen, ihre Mitglieder beruflich zu schulen.“ Also? Es ist ein Verdienst, aber für die Gewerkschaftspresse gibt es noch wichtigere Verdienste zu erwerben! Auch an der Werbung, daß der Kampf die einzige Aufgabe der Gewerkschaften ist, reißt sich der „Grundstein“. Er schreibt:

„Es ist nun einmal nicht wahr, daß der Kampf die einzige Aufgabe der Gewerkschaften ist. Die Hauptaufgabe der Gewerkschaften ist die stetige Verbesserung der materiellen und geistigen Lebensbedingungen für ihre Mitglieder. Da diese Verbesserung im allgemeinen ohne Kampf nicht möglich ist, bedienen sich die Gewerkschaften des Kampfes, um ihren Zweck zu erreichen. Die Arbeiter kämpfen nicht, um zu kämpfen oder um dem Unternehmertum Wunden zu schlagen — denn davon allein hätten sie gar nichts —, sondern um für sich möglichst viel herauszuholen. Der Kampf ist also nicht Selbstzweck, sondern nur das beste — und allerdings oft auch das einzige — Mittel, um Verbesserungen für die Arbeiter durchzuführen.“

Das sind ja ganz schöne Gemeinplätze, die man sonst glücklicherweise im „Grundstein“ nicht findet, aber sie definieren doch eigentlich meinen Ausdruck als richtig, das heißt, wir sind uns darin einig: wenn die Unternehmer alles gutwillig ausgehen lassen, brauchen wir keine Gewerkschaftspresse; da sie das nun einmal nicht tun, brauchen wir die Presse zum Kampf. Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen. Es ist nun selbstredend, daß nicht in jeder Zeile vom „Kampfschlagen“ und vom „Woll und Gang“ und „nach wie vor“ die Rede zu sein braucht. Wenn das würde einen ausüben, auch volkswirtschaftliche, politische und ästhetische Fragen können und müssen behandelt werden, nur nicht rechtlemäßig. — Daß der in seinem Beruf tüchtige Arbeiter dem Unternehmer heutzutage freier gegenübersteht als der beruflich minderwertige, gebe ich gern zu; doch hat das heute, wo fast überall mit den Führern der Organisationen, also in der Hauptsache zwischen angestellten, dem Unternehmer völlig fremden Leuten, verhandelt wird, noch einen großen Wert? Wir predigen doch das große Wort: Solidarität mit allen und sonstig schwachen Arbeitern! Wie kann da die Redaktion des „Grundstein“ sagen, ein solcher Arbeiter wäre dem Unternehmer und seinem Vertreter gegenüber „billig hilflos“? Wenn das nicht ein lapsus linguae ist, könnte man eigentlich gleich den ganzen Betrieb einstellen; denn dann hätte er doch seinen Zweck mehr.

Nun habe ich in meinem zweiten Artikel in der „N. Z.“ (Nr. 33) einige Beispiele dafür angeführt, wie solche Belehrung in erster Linie dem Unternehmer zugute kommt, der uns dankbar sein muß, wenn wir in der Ausbildung der gewerblichen Arbeiter, die er selbst immer mehr vernachlässigt, um so reger sind. Ich habe dafür einige Beispiele gegeben. Nun hat der „Grundstein“ ein Beispiel herausgegriffen, dessen Inhalt er einmal faßlich interpretiert und das anscheinend über seinen Horizont ging, denn er macht lauter Fragezeichen. Ich behaupte, wenn der Maurer seine Fertigkeit immer mehr verliert, so daß es ihm möglich ist, in immer kürzerer Zeit sein **Werk** fertig zu liefern, wird der Unternehmer — ich möchte beinahe sagen, nach einem alten Naturgesetz — systematisch versuchen, den Preis zu drücken. Als Beweis

fürchte ich Berlin an. Nun meint der „G.“, daß bei der hier und da geübten Fachbildung nicht die Quantität, sondern die Qualität der heraufzubringenden Arbeit zu fördern beabsichtigt sei. Ich glaube, der „G.“ hat nicht ohne Ursache dieses Beispiel gewählt, weil es am ersten den Schein zuläßt, als hätte ich da einen ganz ansehnlichen Vorkursus, das bezogen auch seine erlauchten Fragen. Wir sind aber jetzt bei einem Punkte angelangt, der nicht ohne wissenschaftliches Interesse ist. Ich definiere so: Qualität und Quantität sind zwar äußerlich nahe verschiedene Begriffe, sind sich aber innerlich so nahe verwandt, daß es dem Unternehmer möglich ist, sie ineinander zu verschmelzen, zum Nachteil der Arbeiter. Denn echte Arbeit anfertigen, nennt der Unternehmer gute Arbeit; die Arbeit anfertigen, nennt der Unternehmer auch gute Arbeit. Beide Formeln kristallisieren sich in dem einen Endpunkt: teure Arbeit. Der Wert steht in beiden. Oder an ein paar Beispielen demonstriert, sieht das folgendermaßen aus: Der Unternehmer stellt den — landläufig — guten Maurer an die Beschäftigten und den — landläufig — schlechten Maurer an den „Angehenden“. Welcher Maurer ist ihm nun lieber, der „gute“ oder der „schlechte“? Schon löst sich uns das Rätsel: beide sind ihm gleich wertvoll! Und die industrielle Reservearmee, die in unserer Gesellschaftsordnung niemals ersichtbar wird, ist ihm der Regulator zu vorgeranntem Verschleiß. Jeder wird jetzt meinen, das ist ganz einfach. Nein, es ist nicht so einfach, nur wenige Arbeiter achten täglich hierauf. Gilt es aber, ein an sich teures Produkt herzustellen, so wird der Fabrikant derselben in diesem Prozeß vielfach mehr verdienen als der Fabrikant des gleichen billigeren Produkts in seinem Herstellungsverfahren. Trotzdem werden die gebildeteren und mehr geistig tätigen Arbeiter, trotzdem sie nur Qualitätsarbeit liefern, doch im Verhältnis schlechter bezahlt als die quantitativen, robteren Arbeiter. Raummanögel wegen kann ich auf diesen Punkt nicht näher eingehen. Man antworte mir aber jetzt nicht mit dem für oberflächliche Gemüter sehr naheliegenden Gemeinplatz, daß es demnach das Beste wäre, wenn wir eigentlich alle verpumpten; der wäre nicht angebracht.

Der „G.“ hat sich auch folgenden Ausdruck der „Solgarbeiterzeitung“ zu eigen gemacht:

Wir legen als Angehörige der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter großen Wert auf den Ausbau dieser Organisationen. Aber deshalb hören wir doch nicht auf, Mitglieder der großen Volksgemeinschaft zu sein. Wir alle sind interessiert an der Blüte und dem Wohlstand unseres Gemeinwesens; und diese Blüte wird um so glänzender sein, je größer die Leistungsfähigkeit des einzelnen in seinem Beruf ist.

Diese Sätze sind an sich richtig, wenn auch zu ihrer Vervollständigung eigentlich noch der bekannte Ausdruck fehlt: „Für das Vaterland“ wir jederzeit die Plinte freudig auf den Boden nehmen.“ Sehr anerkenntenswert ist auch, daß die „Solgarbeiterzeitung“ auf diejenigen Zwecke hinweist, die ein Teil der Gewerkschaftspresse sonst gemeint nur in Gänjesüßchen erwähnt.

Auf die „Solgarbeiterzeitung“ und das „Correspondenzblatt“ näher einzugehen, wäre ja hier unangebracht; nur insoweit, als der „G.“ sie zitiert, mußte ich es tun. Verwunderlich ist es mir aber, wie der „G.“ annimmt, daß ich auf deren Angriffe, die einmal wenig Sachliches und Positives, sondern mehr höhnisches Alltagsgeschwätz bezupfen, und es sich zum andern von einem Redaktions-schemel aus, wo die Aufnahme des Produkts von keiner höheren Instanz abhängt, wie es beim freien Schriftsteller oder beim Gast der Fall ist, schweigen würde. In solchen Fällen hat man doch eine Überzeugung.

Also ich meine: die Fachausbildung und Belehrung wäre gewiß auch seitens der Gewerkschaftspresse nützlich, aber es gibt so viele wichtigere Aufgaben, die der dem Feinde, das heißt der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, gegenüberstehenden Presse, weil ihr Raum zu beschränkt ist, ungleich wichtiger sind. Das ist der von mir vertretene Standpunkt. S. R. i. c. h. e.

Anmerkung der Redaktion. Auch die vorstehenden Ausführungen des Kollegen Klische vermögen uns von der Richtigkeit der von ihm in der „M. Z.“ entwickelten Ansichten nicht zu überzeugen. Wir halten vielmehr nach wie vor für richtig, was wir in Nr. 26 des „Grundstein“ und das vor uns die „Solgarbeiterzeitung“ und das „Correspondenzblatt“ geschrieben haben. Wenn es Klische beliebt, diese Ausführungen als höhnisches Alltagsgeschwätz zu taxieren, so ist dies unseres Erachtens wohl doch mehr ein Beweis von einer — wir wollen mal sagen: allzu hohen Einschätzung seiner Kenntnisse und seiner Befähigung, als von der Richtigkeit seiner Ansichten. Der Raum unseres Blattes verbietet uns, nochmals ausführlich auf die Klische'schen Ausführungen einzugehen. Wir wollen aber doch sagen, daß uns das Verlangen Klische's, alle die, die mit einer irgendwo geduldeten Ansicht nicht zufrieden sind, sollten ihre gegenteilige Ansicht an der gleichen Stelle äußern, mehr als unzumutbar und undurchführbar erscheint, ganz abgesehen davon, daß uns auch der Raum der „M. Z.“ viel zu wertvoll erscheint, als daß sich in ihr lange Artikel und Gegenartikel über eine im Grunde genommen praktisch längst entschiedene Frage redigieren.

Eine Entscheidung in der Frage, ob viellecht die eine oder andere Organisation in der beruflichen Belehrung ihrer Mitglieder mehr tut, als ihre Mittel und andere Umstände dies gerechtfertigt erscheinen lassen, machen wir uns nicht an. Für uns handelt es sich in der Hauptsache darum, ob diese Belehrung überhaupt nützlich und notwendig ist, d. h. ob sie im Interesse der Organisationen der Arbeiter liegt. Dies ist zweifellos zu bejahen, und Klische, der in dieser Belehrung nur „ein Verdienst und die heranzuführenden Berufsgenossen und um die Gesamtkultur“ sieht, aber den Nutzen für die Organisationen bestreitet, hat auch in seinen vorstehenden Ausführungen für seine Ansicht keine Beweise erbracht. Wenn Klische meint, die Erziehung zur Fachfähigkeit hätte für die Arbeiter deshalb keinen großen Wert, weil die Ver-

handlungen mit den Unternehmern heute fast überall durch die Führer der Organisation geführt werden, so daß gewissermaßen das Gefühl der beruflichen Mächtigkeit und Überlegenheit mit den Unternehmern für die Arbeiter belanglos wären, so geizt dies nur, daß er von dem, was eine Organisation heute von ihren einzelnen Mitgliedern verlangt, noch keine klare Vorstellung hat. Im Interesse der Organisation liegt es eben, daß jedes einzelne Organisationsmitglied auf der Arbeitsstelle bei den zahlreich vorkommenden kleinen Differenzen, zu deren Regelung nie ein Organisationsleiter herangezogen wird, seine volle Pflicht tun kann. In beruflichen Fragen (auf dem Bau, z. B. bei schlechter Arbeit, mangelhaften Gerüsten usw.) kann selbstverständlich nur der dem Unternehmer oder seinem Stellvertreter gegenüber wirkungsvoll auf Besserung dringen, der selbst von diesen Dingen etwas versteht; aber auch in Organisationsangelegenheiten, bei Vertragsverletzungen und andern ungerühmten Maßnahmen des Unternehmers können erfahrungsgemäß beruflich untaugliche Arbeiter nicht so auftreten, wie es das Interesse der Organisation erfordert. Sie fühlen selbst ihre Schwäche und Hilflosigkeit und schweigen gegen ungerühmte Maßnahmen des Unternehmers oft gegen selbst dann, wenn sie der solidarischen Hilfe ihrer Mitkollegen durchaus sicher sind. In diesen Fällen ändert auch das „große Wort“ von der Solidarität mit alten und sonstig schwachen Arbeitern nichts; dieses Wort ist vielmehr, wie Klische sagt, „ein an sich“ durchaus richtiger „Gemeinplatz“.

Auf die theoretischen Ausführungen Klische's wollen wir nicht eingehen; sie gehen wirklich über unsern Horizont, und zwar insofern, als wir auch nach den obigen Ausführungen es noch nicht einsehen können, wie man die oben den Gewerkschaftsorganisationen erbetene Fach-tätigkeit der Mitglieder mit der im Berliner Baugewerbe vorkommenden Akkordwählererei und Murrerei in Zusammenhang bringen kann. Die Berliner Unternehmer haben durch die jahrelange wahn-sinnige Tätigkeit der Akkordmurer allerdings Nutzen gehabt, während die Arbeiter den Schaden hatten; aber diesen Nutzen hatten sie doch nicht infolge der Fach-tätigkeit der Akkordmurer, sondern dadurch, daß diese Maubau an ihrem Körper trieben und eine Arbeit lieferten, die von allem andern, nur nicht von Fach-tätigkeit Zeugnis ablegte. Gerade solchen Umständen wollen aber die Organisationen durch die Erziehung ihrer Mitglieder zur Fach-tätigkeit entgegenwirken. Damit erledigt sich für uns das Berliner Beispiel Klische's und die daran geknüpften theoretischen Ausführungen.

Im übrigen nehmen wir die Einwendungen Klische's gegen die fachtechnische Erziehung der Arbeiter durch die Gewerkschaftspresse nicht allzu ernst, und zwar deshalb nicht, weil Klische gelegentlich selbst fachtechnische Artikel für die Gewerkschaftspresse schreibt, wie dies auch aus der heutigen Nummer des „Grundstein“ zu ersehen ist. Wir können doch nicht annehmen, daß er für uns Artikel fach-technisch aufklärenden Inhalts schreibt, wenn er die fachtechnische Belehrung der Gewerkschaftsmitglieder nicht selbst für eine wichtige Aufgabe hielt!

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 41. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zur Presse von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

- Waldborf.** Dankfragen und ähnliche persönliche Angelegenheiten können wir im „Grundstein“ nicht aufnehmen.
- F. F. in S. M.** Nein, die Jahresabrechnungen dieser Gasse sind noch nicht veröffentlicht.
- D. R., Magdeburg und D. S., Charlottenburg.** War für diese Nummer nicht mehr möglich.
- G. S., Cöln.** Die durch den Schiedspruch festgesetzte Lohnzulage sind von dem Tage an zu zahlen, wo die Arbeit wieder aufgenommen worden ist.
- Zusulaner.** Die Verzeigerung für die Naturforschungen sollte aber die Verichterstattung nicht beeinträchtigen. Grub!
- Schönberg-Landeshut.** Wir können im „Grundstein“ nur Verträge aufnehmen, die für die Kollegen von allgemeinem Interesse sind. Das trifft für den eingehenden Bericht nicht zu.
- Bremerhaven.** Dein Schreiben wird der Vorstand beantworten.

Anzeigen.

Alle Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Limbach i. S.

Sonntag, den 24. Juli, feiert unser Zweigverein im „Johannistad“ sein diesjähriges

Sommervergnügen

bestehend in Konzert, Gartenbelustigungen und Ball.

Alle Kollegen, auch die der umliegenden Zweigvereine, sind freundlichst eingeladen. [M. 8,90] Das Komitee.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile Beile 16 A.)

Altenburg. Am 3. Juli starb unser Mitglied **Georg Brunner** aus Knau an Herzschwäche und Asthma im Alter von 66 Jahren.

Müggberg. Am 8. Juli starb unser Kollege **Johann Linse** im Alter von 66 Jahren an einem Herzleiden.

Beuthen. Am 5. Juli starb unser treues Mitglied **Wilhelm Scholtyssek** im Alter von 88 Jahren an Schwindsucht.

Boizenburg. Am 4. Juli starb nach längerer Krankheit unser langjähriges Ehrenmitglied **Heinrich Tewes** im 77. Lebensjahre.

Chemnitz. Am 7. Juli starb unser Kollege **Hugo Schumann** im Alter von 46 Jahren an Schwindsucht.

Gorsäß. Nach längerem Leiden entschlief unser treuer Verbandskollege **Friedrich Hirt** im Alter von 52 Jahren an Kehlkopfkrebs. Er war Mitbegründer unseres Zweigvereins.

Groß-Wöfersen. Am 3. Juli starb unser treuer Kollege **Karl Kumbernuss** an Düngeentzündung im Alter von 49 Jahren.

Leipzig. Am 27. Juni starb nach langer Krankheit unser Kollege **Albert Köhler**.

Wetz. Am 5. Juli starb unser 26 Jahre alter Kollege **Gustav Thomas** aus Trier, indem er nachts auf unaufgestellte Beize aus dem Fenster seiner Wohnung auf die Straße stürzte.

Witow. Am 7. Juli starb unser Kollege **Karl Bellmann** im Alter von 52 Jahren an einer schweren Bluthranke.

Mühlhausen i. Th. Am 4. Juli starb unser treuer Kollege **Ernst Steffen** infolge eines schweren Unglücksfalles im kaum vollendeten 32. Lebensjahre.

Spremberg. (Sektion der Ruhr.) Am 28. Juni starb der Kollege **Josef Arnost** im Alter von 59 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Sümmelnde. Am 4. Juli starb unser langjähriges Mitglied **Hermann Genk** an der Proletarierkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Rastenburg.

Unser Zweigverein feiert Sonntag, den 23. Juli, sein diesjähriges

Sommervergnügen

im „Georgenhof“, bestehend in Konzert und Tanz. Alle Kollegen, auch die der umliegenden Zweigvereine, sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 8] Das Komitee.

Zempelburg i. Westpr.

Sonntag, den 24. Juli, feiert der hiesige Zweigverein sein

Erstes Stiftungsfest.

Abmarsch 2 Uhr nachmittags von der Herberge. Alle Kollegen von nach und fern sind freundlichst eingeladen. [M. 8] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

- Sonabend, den 16. Juli.**
Bergedorf. Abends 8 Uhr im Lokale „St. Petersburg“.
- Sonntag, den 17. Juli.**
Düchelsdorf. Nachm. 3 Uhr bei Dahme.
Fürstenwalde. Vorm. 10 Uhr in der „Sittlichkeitsverein“. Z.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Besprechung wegen eines Berganges.
Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. Abrechnung vom zweiten Quartal.
- Dienstag, den 19. Juli.**
Cunnersdorf. Nachm. 6 1/2 Uhr im Gasthof „Zum Greif“ in Hirschberg. Z.-D.: Bericht vom zweiten Quartal und von der Streit-schlichtungsabrechnung; die letzte Verhandlung mit den Unternehmern.
- Sonntag, den 24. Juli.**
Brunsbüttelkoog. Nachm. 4 Uhr bei Striepe.
- Cöln.** Vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus Generalversammlung. Z.-D.: Vorstand- und Kassensbericht; Verschiedenes. Mitgliedsbuch und Legitimationskarte sind mitzubringen.

Spotierer und Steinholzleger.

- Mittwoch, den 20. Juli.**
Berlin. (Spotierer.) Abends 8 1/2 Uhr bei Fritz Wille, Brunnenstr. 188.
- Zentralkrankenkasse der Maurer usw.**
Sonntag, den 17. Juli.
Luckenwalde. Nachm. 2 Uhr bei Lehmann, Stifftstraße. Z.-D.: Bericht vom zweiten Quartal; Kassensangelegenheiten.
- Sonntag, den 24. Juli.**
Gross-Lichterfelde. Vorm. 9 1/2 Uhr in Bärenbergs Gesellschaftshaus, Roedelstraße. Z.-D.: Abrechnung vom zweiten Quartal; Verschiedenes.
- Spandau.** Vorm. 9 1/2 Uhr bei Ostwaldt, Spandauerstr. 80. Z.-D.: Quartals-abrechnung; Kassensangelegenheiten; Verschiedenes.
- Sonntag, den 31. Juli.**
Neu-Ruppin. Nachm. 1 Uhr. Bällen über Beiträge und Abrechnung vom zweiten Quartal.